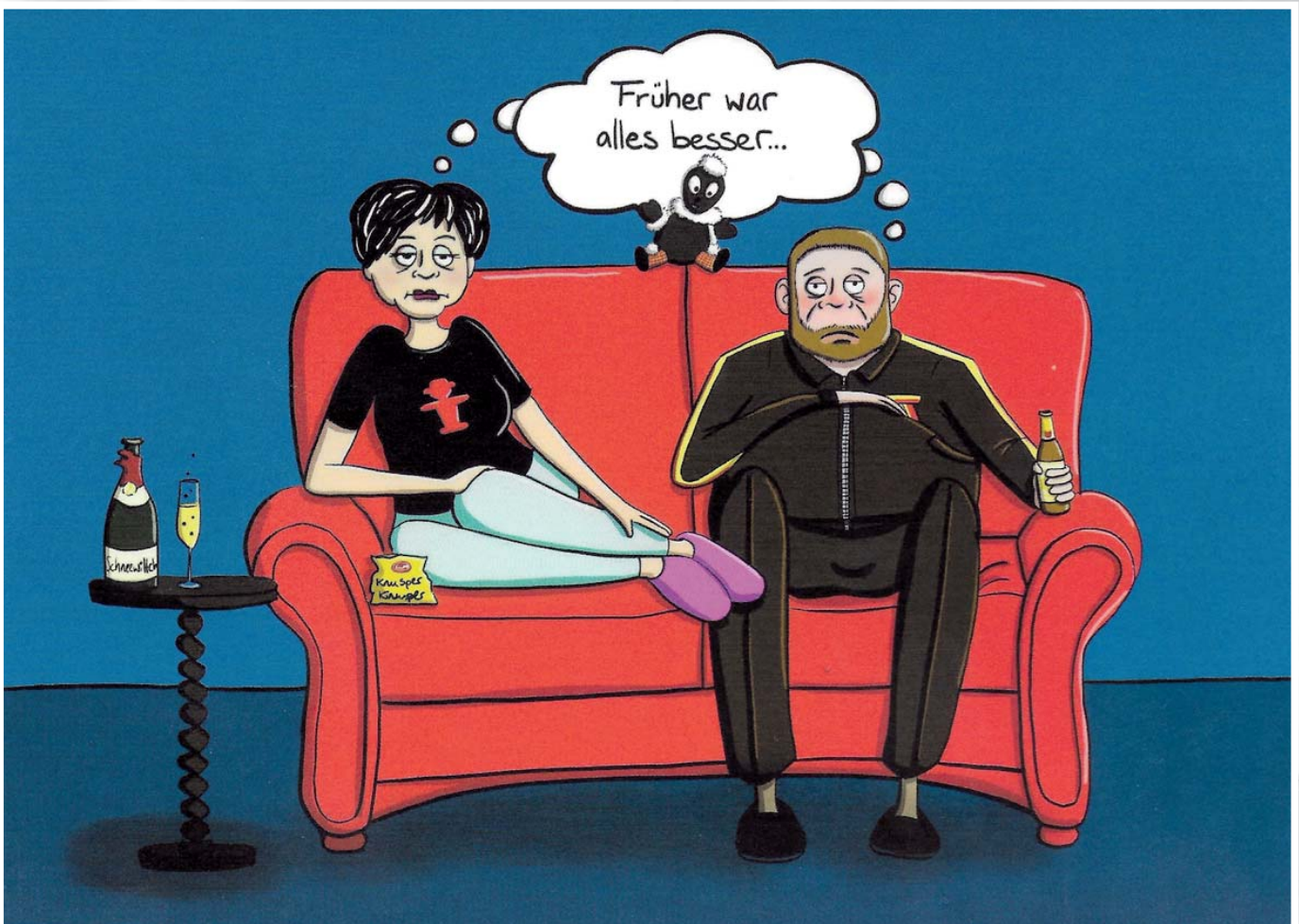


der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2024



Bundesstiftung widmet sich intensiv dem Thema Treuhandanstalt
Nach 10 Jahren – Kompromiss in Neubrandenburg in Aussicht
Spendenaufruf für Zentralkinderkrankenhaus in Odessa
Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

Inhalt

Aktuell

- 3 Protestbewegung gegen die Politik der Zwangsumbenennungen in Bulgarien
Ausstellung „Friedliche Revolution und deutsche Einheit kompakt“
Bautzen-Forum zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Mai 2025
- 4 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
- 6 Traumaberatungen im Land Brandenburg
Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt
Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins

Aufarbeitung

- 7 Digitaler Tourguide zur Erkundung der Gedenkstätte Berliner Mauer
Es gibt in Wirklichkeit niemanden, der einem da richtig helfen kann
- 8 DDR-Sportgeschädigte benötigen dauerhafte Unterstützung
Werden Opfer der SED-Diktatur in Neubrandenburg hingehalten?
- 9 Ein Zeichen setzen!
Bundesstiftung widmet sich intensiv dem Thema Treuhandanstalt
- 10 Relaunch von Onlineportal „verurteiltundvergessen.de“
UOKG zum Sonderbericht der SED-Opferbeauftragten
- 11 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 12 Rechtsprechung oder Diskriminierung?

Recht

- 13 Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
Recht oder Gerechtigkeit?

Berichte

- 14 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert
Nach 10 Jahren – Kompromiss in Neubrandenburg in Aussicht
- 15 Stolperschwelle zur Erinnerung und Mahnung
- 16 Verein Pro Universitätskirche e.V. aufgelöst

International

- 17 Lew-Kopelew-Forum Köln auf Schwarzer Liste des Kreml
Freiheit statt Angst

Service/Bücher

- 18 Studie zur Rolle der sozialen Unterstützung und Resilienz
Nachruf auf Christine Günther
- 19 Nachruf auf Uwe Behr
Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre Unterstützung!
- 20 Das Schattenregime
Horch & Guck
- 21 Spendenaufruf für Zentralkinderkrankenhaus in Odessa
- 23 Stasi-Knast

Umschlagbild

Früher war alles besser...
Copyright Geschichtswerkstatt Jena

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, liebe Freunde,

Ich grüße Sie herzlich zu Beginn dieses sonnigen Frühlings. Es wäre schön, wenn alles so sonnig wäre wie die jetzigen Frühlingstage. Heute möchte ich Sie aufmerksam machen auf eine Unterstützungsaktion des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. und der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGMF) für die Ukraine. Wie Sie vielleicht wissen, ich bin auch Mitbegründer dieser Gesellschaft und zugleich seit vielen Jahren Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., dem ehemals größten Gefängnis für politische Gefangene in der ehemaligen DDR. Unser Verein betreibt, seit er Eigentümer des Gefängnisses ist, hier eine Gedenkstätte für die Opfer der beiden deutschen Diktaturen.

Das Anliegen des Vereins und der ehemaligen politischen Häftlinge war es immer, so sieht es auch die Satzung vor, sich für Menschen einzusetzen, die politisch, rassistisch oder religiös verfolgt werden. Aus diesem Grund hat es nur einen Tag gedauert, nachdem Putins Schergen in die Ukraine einmarschiert sind, dass ich sofort eine Strafanzeige bei dem nationalen Strafgerichtshof gestellt habe. Und es hat nur zwei Tage gedauert, bis der erste Hilfstransport des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. in ein Krankenhaus nach Odessa in die Ukraine auf den Weg geschickt wurde. Seitdem schickt der Verein und jetzt zusammen mit der IGFM regelmäßig Hilfstransporte in das zentrale Kinderkrankenhaus nach Odessa. Wir haben dort direkten Kontakt zu Ärzten und Pflegepersonal und bringen nur das dorthin, was für die medizinische Versorgung tatsächlich gebraucht wird. Mittlerweile sind im Laufe des langen Krieges schon Hilfsgüter von mehreren 100.000 € zusammengesammelt. Aber liebe Freunde, es nimmt kein Ende, und es fehlt in diesem zentralen Kinderkrankenhaus nach wie vor an Versorgungsgütern an allen Ecken und Enden.

Ich möchte Sie deshalb erneut herzlich bitten, zu prüfen, ob Sie bei diesem konkreten Projekt mithelfen können. Während andere über einen ungerechten Frieden reden, sterben in der Ukraine jeden

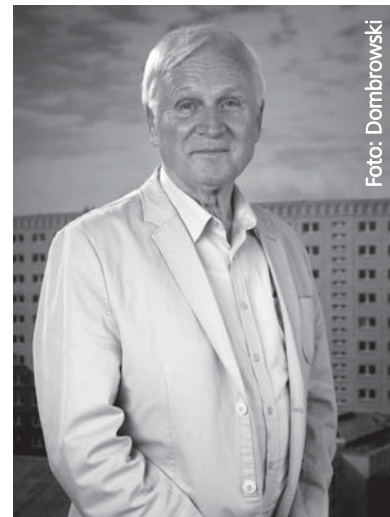


Foto: Dombrowski

Tag unschuldige Menschen, die unter dem Terror von Putins Schergen leiden müssen. Die warmen Worte der Bundesregierung sind wohlfeil. Wenn man aber genauer hinschaut, ist doch nicht so viel dahinter, wie sich vermuten lässt. Der Bundeskanzler und alle Anderen haben immer wieder betont, dass die Bundeswehr Deutschland der größte Unterstützer nach den USA ist. Das ist nach den Zahlen her sicherlich richtig, aber ein sozialdemokratisches Prinzip ist es ja wohl auch, dass jeder seine Leistungsfähigkeit zum Gemeinwohl beitragen soll.

Und wenn man die Bevölkerungszahl Deutschlands und ihre Wirtschaftskraft mit den entsprechenden Zahlen anderer EU-Mitglieder vergleicht, kommt man sehr schnell darauf, dass wir eben nicht ganz vorne mit dabei sind, sondern eher in der Mitte. Die baltischen Länder leisten zum Beispiel im Vergleich, d.h. pro Kopf Bevölkerung, ein Mehrfaches von dem, was unser Land leistet. Aber sei es drum, klagen hilft hier nicht, sondern helfen. Bitte helfen Sie mit, dass wir das zentrale Kinderkrankenhaus in Odessa auch weiterhin unterstützen können! Wir bitten Sie daher erneut um Spenden für dieses einzigartige Projekt. Alle notwendigen Angaben zur Spende finden Sie in dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

Protestbewegung gegen die Politik der Zwangsumbenennungen in Bulgarien


25.05.2024, 15.00–17.00 Uhr, Bürgerhaus Bennohaus, Bennostraße 5, 48155 Münster

Die Veranstaltung „35 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs – Protestbewegung gegen die Politik der Zwangsumbenennungen in Bulgarien“ soll an die Ereignisse vor 35 Jahren erinnern, als der Eisernen Vorhang in Europa fiel. Gleichzeitig strebt sie an, Berührungsängste von Migranten gegenüber der deutschen und europäischen Erinnerungskultur abzubauen und das Interesse an der eigenen Herkunftsgeschichte zu wecken. Im Fokus steht die ethnische Minderheit der bulgarischen Türken in Bulgarien, die im europäischen Revolutionsjahr 1989 trotz ihrer bedeutenden Protestbewegung gegen die Zwangsumbenennung ethnischer türkischer und muslimischer bulgarischer Bürger in Deutschland kaum

Beachtung fand. Diese Bewegung erzwang im Frühjahr 1989 das Shirkov-Regime zur größten „Ausreisewelle“ innerhalb des Gebiets des „Eisernen Vorhangs“, bei der innerhalb weniger Wochen ca. 300.000 ethnische bulgarische Türken in die Türkei zwangsausgesiedelt wurden.

Um diese Geschichte zu vermitteln, wird Frau Professor Zafer Zeynep aus Ankara/Türkei eingeladen. Sie ist eine herausragende Persönlichkeit der Protestbewegung, die damals im Alter von 17 Jahren der Opposition beitrug und später wegen ihrer Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppe zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe in Bulgarien verurteilt wurde.

Sie wurde im Januar 1989 aus der bulgarischen Staatsbürgerschaft ausgebürgert und in die Türkei abgeschoben. Ein interaktiver Dialog zwischen ihr und den Veranstaltungsbesuchern soll die Frage beleuchten, wie die Ereignisse von 1989 die jüngere bulgarische Geschichte und die Gegenwart in Bulgarien, der Türkei und Deutschland beeinflusst haben.

Die Veranstaltung wird durch einen einführenden Vortrag von Diana Ivanova, einer Journalistin und freien Mitarbeiterin von Radio Freies Europa, eröffnet. Die Veranstaltung wird durch die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. 

Ausstellung „Friedliche Revolution und deutsche Einheit kompakt“


Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat heute ihre neue Ausstellung „Friedliche Revolution und deutsche Einheit kompakt“ gemeinsam mit Schülern einer elften Klasse des Heinrich-Hertz-Gymnasiums in Berlin-Friedrichshain präsentiert. Die Ausstellung zeichnet auf fünf Tafeln die globalgeschichtlichen Rahmenbedingungen des Jahres 1989, die Entwicklung in Ostmitteleuropa, die Friedliche Revolution in der DDR, deren Selbstdemokratisierung sowie den Weg zur deutschen Einheit nach. In Kooperation mit statista

präsentiert die sechste Tafel Daten zur Jugend im vereinten Deutschland.

Das Bildungsangebot der Bundesstiftung Aufarbeitung richtet sich an Schulen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen im In- und Ausland, die die neue Ausstellung u.a. als Poster-Set im Format DIN A1 bestellen können. Zum Zeitpunkt der Premiere waren bereits über 500 Ausstellungen vorbestellt – u.a. auch aus den USA, Frankreich und Großbritannien.

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung: „Die Ausstel-

lungspremiere findet nicht aus Zufall am 18. März statt. Heute vor 34 Jahren haben die einzigen freien DDR-Volkswahlkammerwahlen den Weg zur deutschen Einheit geebnet. Wie wichtig freie Wahlen sind, haben wir am vergangenen Wochenende erleben müssen, als der russische Präsident Putin seine Herrschaft in Scheinwahlen bestätigen ließ.“

Die neue Ausstellung ist bereits 530-mal geordert worden, darunter sind Besteller in den USA. Weitere Informationen zur Ausstellung sowie ein Bestellformular finden Sie auf unserer Webseite www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ausstellung-1989-kompakt. 

Bautzen-Forum zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Mai 2025


Die Bautzen-Foren der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mussten in den Corona-Jahren jeweils vom Frühjahr auf den September verlegt werden.

Auf Wunsch vieler Teilnehmer des Bautzen-Komitees e.V. und der Gedenkstätte Bautzen werden die Tagungen zukünftig aber wieder im Mai stattfinden. Planungstermin für das 35. Bautzen-Forum ist von daher der 08. und 09.05.2025.

Zu Jahresbeginn erschien die Dokumentation der letzten Tagung, die unter

der Überschrift stand: „Auf die Straße! Volksaufstände im sowjetischen und russischen Einflussbereich“. Zu den Mitwirkenden gehörten u.a. Dr. Gerd Koenen, Dr. Anna Kaminsky, der ukrainische Historiker Mykola Borovyk, Dr. Nancy Aris und Christoph Dieckmann. Die Broschüre ist kostenfrei beim Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Burgstraße 25, 04109 Leipzig, zu bestellen. Per Mail: sachsen@fes.de. Und sie ist digital abrufbar wie auch die bisher erschienenen Dokumentationen unter <http://www.fes.de/landesbuero-sachsen/publikationen>

Matthias Eisel, der langjährige Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen, der für die Bautzen-Foren seit 1999 verantwortlich war, geht in diesem Jahr in den Ruhestand.

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. in Deutschland, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Tel. +49 228/883-0 und Hiroshimast. 17, 10785 Berlin, info@fes.de, Vereinsregister Bonn, VR2392, Amtsgericht Bonn; Vorsitzender des Vorstandes: Martin Schulz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Sabine Fandrych 

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 30. April 2024, 18.00 Uhr

Robert Otte, der Referent präsentiert seine akribischen Forschungsergebnisse: Der Moskauer „Prozess gegen den Block der Rechten und Trotzlisten“ 1938 und das deutsche politische Exil. Vom 02. bis 13. März 1938 fand in Moskau der „Prozess gegen den antisowjetischen Block der Rechten und Trotzlisten“ statt. Alle 21 Angeklagten bekannten sich als Verschwörer und Spione schuldig. Der Prozess war nur die Spitze eines Eisberges: In den Jahren 1937 und 1938 wurden mehr als 690 000 Menschen aus allen Bevölkerungsschichten in der Sowjetunion erschossen. Der Prozess führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der Presse des deutschen politischen Exils. Die Organe der KPD und der Komintern verbreiteten die offizielle sowjetische Version und priesen die Sowjetunion als Staat der wahren Demokratie. In der „Neuen Weltbühne“ verteidigte der Philosoph Ernst Bloch den Prozess. Ihnen gegenüber stand eine breite Ablehnungsfront – vom bürgerlich-liberalen „Neuen Tage-Buch“ über die Presse der SPD bis zu den Blättern sozialistischer Kleinorganisationen. Im Vortrag wird auch kurz auf die politischen Lebenswege einiger Teilnehmer der damaligen Auseinandersetzungen nach 1945 eingegangen.

Dienstag, 14. Mai 2024, 18.00 Uhr

Peter Grimm, Regisseur und Eckart Reichl, Kamera, zeigen ihren Film aus der vergessenen Welt der Bessarabiendeutschen: Rischkanowka oder Der König von Bessarabien (85 min.). Zwei Ebenen prägen diesen Film. Da ist zum einen die Reise des ungekrönten „Königs von Bessarabien“. Der jahrzehntelang amtierende Vorsitzende der bessarabiendeutschen Landsmannschaft, der sich mitten im kalten Krieg auch in der westdeutschen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft engagierte, ist mit Gefolge in seiner alten Heimat unterwegs. Er ist auf der Suche nach einem Hof in Rischkanowka, denn aus diesem Dorf stammt die Familie des berühmtesten Sohnes von Bessarabiendeutschen – Horst Köhler, früher Bundespräsident. Es ist eine skurrile Suche mit beeindruckenden Begegnungen und viel Situationskomik. Die korrespondierende zweite Ebene im Film ist eine der Lebenswelten aus des Königs Reich. Else Kalisch gehört zu den wenigen noch lebenden Bessarabiendeutschen, die nicht nur Kindheitserinnerungen an die alte Heimat ha-

ben. Sie war schon verheiratet, hatte zwei Kinder und sich mit ihrem Mann gerade den eigenen Hof aufgebaut, als sie Bessarabien verlassen musste. Sie war die Geschichtenerzählerin in ihrem Dorf, jetzt erzählt sie ihre eigene Geschichte.

Dienstag, 28. Mai 2024, 18.00 Uhr

Nicole Heinrich, Buch + Regie und Anja Kimmelman, Darstellerin, Aufführung des DOKU-Monodramas >> MONIKA HAEGER – inside stasi << (75 min.). Als Heimkind wurde Monika Haeger auf sozialistischen Kurs gebracht, als treue DDR-Bürgerin und Stasi-Mitarbeiterin spionierte sie später, getarnt als enge Freundin der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, eine wichtige Ost-Berliner Frauengruppe aus. Für die Frauen hatte das zumeist verheerende Folgen. Verhaftungen, Verhöre und sogar Ausbürgerung aus der DDR waren die Folge. Das Stück erzählt entlang der Erinnerungen von Monika Haeger (1945-2006) vom dunkelsten Teil ostdeutscher Geschichte. Zur Sprache kommen dabei mit den Stimmen der Opfer auch die frühen Verfolgungen in der SBZ mit seinen Speziallagern, das Frauengefängnis Hoheneck, die Toten an der Mauer sowie der berüchtigte Jugendwerkhof Torgau. (Mehr Infos dazu unter: <https://www.nicoleheinrich.com/monika-haeger-theaterstueck>)

Mittwoch, 29. Mai 2024, 18.00 Uhr

3. Treffen ehemaliger politischer Gefangener aus allen Haftanstalten in der DDR. Nach den zwei Treffen im Jahr 2023 haben viele Teilnehmer uns dazu ermuntert, diese Treffen fortzusetzen, auch wenn sich die Reihen unter den Ex-Häftlingen nach fast 35 Jahren des Zusammenbruchs der DDR immer mehr lichten. Eingeladen sind also wieder alle Häftlinge, die in Berlin und Umgebung wohnen, natürlich auch die Frauen, die in Hoheneck oder anderswo einsitzen mussten. Jeder darf zudem seine Ehepartner mitbringen. Der Psychologe und Psychoanalytiker Dr. Stefan Trobisch-Lütge wird uns in sein Arbeitsfeld der Traumatherapie einführen, die psychosoziale und psychotherapeutische Hilfe für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur bieten kann. Gemeinsam mit dem Schriftsteller Jürgen Fuchs hatte er 1998 die „Beratungsstelle Gegenwind“ gegründet. Außerdem trägt er mit seinen Büchern wie u.a. DAS SPÄTE GIFT und VERBORGENE WUNDEN sowie seinen Vorträgen dazu bei, die Erinnerung

an die Opfer und Widerständler der SED-Diktatur wach zu halten.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich! Siegmund Faust und Thomas Dahmert
Veranstaltungsort:

GEDENKBIBLIOTHEK ZU EHREN
DER OPFER DES KOMMUNISMUS
Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin,
Tel: 030-283 43 27
<https://gedenkbibliothek.de>

Dienstag, 11. Juni 2024, 18.00 Uhr

Vera Lengsfeld, ehem. DDR-Oppositionelle und Bundestagsabgeordnete, stellt das von ihr rezensierte Buch des britischen Historikers vor: Antony Beevor; Russland. Revolution und Bürgerkrieg 1917-1921. In diesem Werk präsentiert der Autor ein faszinierendes Panorama, das auf neuesten Archivfunden basiert. Von der Oktoberrevolution 1917 in Russland, die den Zusammenbruch des Zarenreichs besiegelte, bis hin zum blutigen Bürgerkrieg zwischen den „Roten“ und den „Weißen“ Garden zeichnet Antony Beevor ein dichtes Bild dieser mehr als turbulenten Jahre. Dabei deckt er nicht nur die politischen Intrigen und Machtverschiebungen auf, sondern vermittelt auch die Atmosphäre, das Leid und die Hoffnungen dieser Zeit. Seine profunde Kenntnis der Geschichte und sein Verständnis für die komplexen Zusammenhänge ermöglichen es ihm, ein umfassendes Bild dieser Epoche zu vermitteln.

Dienstag, 25. Juni 2024, 18.00 Uhr

Dr. Heimo Schwilk, der Journalist und Autor liest aus seinem zweiten autobiografischen Werk: MEIN ABENTEUERLICHES HERZ Bd. 2 – Aus den Tagebüchern 2000–2022. „Der 1. Teil meiner Tagebuch-Edition (1983–1999) stand einerseits im Zeichen der – auch persönlichen – Annäherung an das große Vorbild Ernst Jünger. Das andere zentrale Thema war die Wiedervereinigung. Im 2. Teil dominiert nun, wie Deutschland und die Welt seitdem mit dieser einschneidenden politischen ‚Wende‘ umgingen. Auch hier habe ich keine Scheu, die persönliche Verstrickung in den ausgewählten Passagen sichtbar zu machen – bis in die Träume hinein. Ich wünsche mir, dass für den Leser der ‚rote Faden‘ sichtbar wird, den das Temperament und die intellektuelle Disposition des Autors ausmachen. Dass der Opportunismus von der Freiheit erlöst, wie Rüdiger Safranski süffisant schreibt, war zu keinem Zeitpunkt meines Lebens eine Option für mich. Davon soll auch dieses Buch Zeugnis ablegen.“ (Heimo Schwilk)

Dienstag, 09. Juli 2024, 18.00 Uhr

Dr. Klaus-Rüdiger Mai, der Germanist,

Historiker und Philosoph stellt sein neuestes Buch vor: Der kurze Sommer der Freiheit: Wie aus der DDR eine Diktatur wurde. Zu Recht bekannt und Teil unserer Erinnerungskultur ist die mutige Tat der Gruppe um die Geschwister Scholl. Doch wer kennt Herbert Belter? Wer kennt Wolfgang Ihmels, Jutta Erbstöber oder Wolfgang Natonek? Auch Herbert Belter wurde von den Henkern eines totalitären Staates ermordet, nachdem er Flugblätter verteilt hatte, auch er war erst 21 Jahre alt am Tag seines gewaltsamen Todes. Klaus-Rüdiger Mai erzählt auf der Grundlage intensiver Quellenrecherchen erstmals die ganze Geschichte des mutigen Widerstands Leipziger Studenten gegen die Stalinisierung Ostdeutschlands und

bettet ihre Geschichte ein in die Unterdrückung demokratischer Anfänge in der DDR von ihrer Gründung 1949 bis zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Ein Lehrstück über das Werden einer Diktatur und über Mut und Widerstand.

Dienstag, 23. Juli 2024, 19.00 Uhr

Dr. Steffi Brüning, die Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock hält ihren Vortrag: Prostitution in der DDR: Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989. Die Untersuchung von Steffi Brüning zeigt die vielfältigen Facetten von Prostitution in der DDR auf. Im Fokus stehen staatliche Eingriffsversuche wie strafrechtliche Verurteilungen, vor allem

aber die Disziplinierungsversuche durch die lokalen Verwaltungen und das Gesundheitswesen. Neben repressiven Maßnahmen ist auch eine Unterstützung von Prostitution durch das Ministerium für Staatssicherheit und die Abteilung 1 der Kriminalpolizei nachweisbar. Sexuell freizügige Frauen und Prostituierte kamen unter anderem als „Honigfallen“ zum Einsatz, die auf „operativ-interessante“ Personen angesetzt wurden.

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Dienstag, 07. Mai 2024, 13.00 – 17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

suchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Freitag, 10. Mai 2024, 19.00 Uhr

Vortrag: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier.
Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste.
Referent: Dr. Volker Höffer
(Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Ort: Haus des Gastes, Rostocker Str. 3, 18181 Graal-Müritz
(Angebot in Kooperation mit der Tourismus- und Kur GmbH Graal-Müritz)

Mittwoch, 05. Juni 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Einer Diktatur auf der Spur.
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv
Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf
Tel.: 038208 826 1323
E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Dienstag, 04. Juni 2024, 13.00 – 17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Unter-

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 29. Mai 2024, 11.00 Uhr
Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“
Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

02. Mai bis 31. Juli 2024

Titel: Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo.
Eine Ausstellung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr;
Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr
Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.
Der Eintritt ist immer frei.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.
Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

Ort: Alle Veranstaltungen
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24
04109 Leipzig
Telefon: 0341 - 2247-3211
Fax: 0341 - 2247-3219
Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Wechsausstellungen

05. Januar bis 31. Dezember 2024
Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.
Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mähler und Stefan Wolle.

Traumaberatungen im Land Brandenburg

Traumaberatungen für Betroffene von politischem Unrecht in der SBZ/DDR im Land Brandenburg finden zu verschiedenen Terminen und an verschiedenen Orten statt. So, z.B. in Frankfurt (Oder), Potsdam, Neuruppin, Senftenberg.

Eine vorherige Anmeldung ist für die Beratung erforderlich. Informationen zu Terminen und Orten unter Anmeldung: Tel. 0331 237292 – 17 oder traumaberatung@lakd.brandenburg.de

Die Beratung kann auch als telefonischer Beratungstermin vereinbart werden.

Alle weiteren Beratungstermine finden Sie auf der Homepage: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/>

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 23 72 92 – 12

Telefax: 0331 / 23 72 92 – 29

E-Mail: claudia.horbach@lakd.brandenburg.de

www.aufarbeitung.brandenburg.de

Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im April finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags (16.04., 23.04. und 30.04.2024) von 14.00 bis 17.00 Uhr statt.

Anmeldung bitte unter Telefon 0391/5 60-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de).

Hier erfahren Sie auch weitere Termine für die Landeshauptstadt sowie die Regionen in Sachsen-Anhalt.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße


Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier.

Die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipierte Plakatausstellung „... denen mitzuwirken versagt war. Ostdeutsche Demokraten in der

frühen Nachkriegszeit“ ist vom 25. April bis 18. August 2024 in der Gedenkstätte Lindenstraße zu sehen.

Die Ausstellung porträtiert ausgewählte Männer und Frauen, die sich in der Sowjetischen Besatzungszone für demokratische Grund- und Freiheitsrechte einsetzten und aufgrund ihres Engagements vom sowjetischen Geheimdienst verfolgt, verhaftet und zu hohen Strafen bis hin zur Todesstrafe verurteilt wurden.

Die Biografien inspirieren durch Idealismus und Mut angesichts größter Gefahren, zeigen die Brutalität der kommunistischen Diktatur und können uns heute zu demokratischem Engagement inspirieren.

Die Schau präsentiert ein vergessenes Kapitel deutscher Demokratie- und Diktaturgeschichte und lädt auch dazu ein, die Grundrechte unseres Grundgesetzes neu zu entdecken. 

Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins

Die Reihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ macht von April bis Juni 2024 in Friedrichshain und Kreuzberg Station.

35 Jahre nach Friedlicher Revolution und Mauerfall stehen zwei benachbarte Stadtteile östlich und westlich der ehemaligen Zonengrenze im Mittelpunkt.

Welche Gemeinsamkeiten hatten Friedrichshain (Ost) und Kreuzberg (West)? Wie verflochten war der Alltag der Menschen bis zum Bau der Berliner Mauer 1961? Was änderte sich nach dem Mauerbau? Welche Rolle spielte die SED-Diktatur im Alltag der Menschen? Wie erlebten Menschen aus Ost und West den Mauerfall?


Eine Kooperation des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten mit dem FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum.

Kontakt

Telefon: (030) 24 07 92 – 0,

Mail: info@aufarbeitung-berlin.de

Weitere Informationen unter:

www.aufarbeitung-berlin.de/mein-kiez 

Digitaler Tourguide zur Erkundung der Gedenkstätte Berliner Mauer

Die Stiftung Berliner Mauer präsentiert einen neuen digitalen Tourguide zur Erkundung des Außengeländes der Gedenkstätte Berliner Mauer. Der Tourguide wird über die Website www.tourguide-gbm.de aufgerufen und ist in Deutsch und Englisch verfügbar. Er bietet vier Touren über das Gelände an der Bernauer Straße an, die Interessierte individuell mit ihrem Smartphone machen können.

Führung für Jugendliche:

Mit Franz in der Bernauer Straße

Eine spezielle Tour richtet sich an Jugendliche ab 14 Jahren – in kurzen Videos führt ein Guide zu zentralen Orten der Open-Air-Ausstellung, erklärt historische Hintergründe vom Mauerbau bis zum Mauerfall und stellt dabei auch Menschen vor, die in der Bernauer Straße gelebt haben. Im Mittelpunkt der leicht verständlichen Inhalte steht dabei immer der historische Ort an der Bernauer Straße als Kristallisations-

punkt der deutschen Teilung. Die Tour umfasst 6 Stationen, die Erkundung aller Stationen dauert rund 35 Minuten.

Kurz- und Themenführungen zur Berliner Mauer, Flucht und Alltag

Drei weitere Führungen bieten für verschiedene Interessen mögliche Audio-Touren an: Der kurze Audio-Walk für Neugierige zeigt in fünf Stationen (Dauer ca. 30 Minuten) zentrale Orte der Gedenkstätte Berliner Mauer und ihre Bedeutung. Außerdem gibt es eine Tour zum Thema Mauer & Grenze (8 Stationen, ca. 60 Minuten) und die Thementour Flucht & Alltag, die vom alltäglichen Leben an und mit der Mauer und der Grenze erzählt (9 Stationen, ca. 60 Minuten).

147 Ereignismarken im Boden

Entlang des Geländes der Gedenkstätte Berliner Mauer sind vom Nordbahnhof bis zur Schwedter Straße insgesamt 147

runde Ereignismarken aus Metall in den Boden eingelassen, die auf reale Ereignisse an diesem Ort während der Zeit der Teilung verweisen. Sie erzählen von versuchten, geglückten und verhinderten Versuchen der Flucht und dem Alltag an der Grenze. Alle Ereignisse sind auf der Karte des neuen Tourguides verzeichnet und können über die jeweilige Nummer online recherchiert werden.

Der Tourguide wurde durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert“ gefördert, das von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur betreut wird.

Weitere Informationen:

Stiftung Berliner Mauer

Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

Internet:

<https://www.tourguide-gbm.de/#>



Es gibt in Wirklichkeit niemanden, der einem da richtig helfen kann

Ich bin der Klaus-Peter Simon und möchte einige Gedanken loswerden. Ende 1972 bin ich in die Mühlen der Justiz der DDR geraten und habe natürlich mit all den Unannehmlichkeiten, die damit verbunden waren, genügend Erfahrungen machen müssen. Es gibt die vielfältigsten Opfergruppen und Einzelschicksale. Eigentlich kann ich es bis heute nicht fassen, was da mit einem ganzen Volk passierte. Nun gibt es, außer den ermordeten Opfern an der Innerdeutschen Grenze sowie auch außerhalb Deutschlands, die Gruppe der Opfer, die nur durch Glück und/oder Zu-

fall technische Angriffe mehr oder weniger gut überlebten. Die Betonung liegt auf überlebt. Einige wurden Opfer durch Selbstschussanlagen, andere durch direkte Konfrontation mit schießwütigen Grenzsoldaten. Gottseidank wurden nicht alle getötet. Aber es leben noch Opfer mit dieser schrecklichen Erfahrung. Ich glaube, dass diesen Menschen ein klein wenig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Es gibt niemanden, der besser beschreiben könnte, was da mit einem passiert und wie sich diese Erinnerungen mit zunehmendem Alter verstärken.

Und, ich denke, es gibt in Wirklichkeit Niemanden, der einem da richtig helfen kann, weil es für Nichtbetroffene kaum oder gar nicht, auch nicht mit viel Fantasie, erklärbar ist. Auch da ist natürlich jedes Opfer individuell. Ich selber weiß genau, was da mit einem passiert. Es geht hier aber nicht um mich. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Es ist ein Denkanstoß, nicht mehr. Ich bin der Überzeugung, dass ein aufgreifen dieses Themas vielen Opfern helfen kann. Denn Beachtung kann auch ein Weg sein, wenn auch nur ein kleiner, zur Aufarbeitung und Linderung der innerlichen Schmerzen eines jeden Opfers.

Klaus-Peter Simon

„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden das Wichtigste sei, dann lautet meine Antwort: Freiheit.“

“If I were asked to say what, apart from peace, was most important to me, then my answer would be: freedom.”

Willy Brandt, 1913–1992

DDR-Sportgeschädigte benötigen dauerhafte Unterstützung

Im Spitzensport der DDR geschädigte Betroffene brauchen eine dauerhafte Unterstützung, wenn sie aufgrund der gesundheitlichen Folgen ihren Beruf nicht mehr ausüben können, wenn für sie notwendige Therapien mit hohen Zuzahlungen verbunden sind, wenn sie in ihrem Leben stark eingeschränkt und beeinträchtigt sind. Über das Zwangssystem im DDR-Leistungssport und die Folgen berichteten Burkhard Bley, Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, und Zeitzeuge Thomas Götze auf der Landespressekonferenz am 12. März 2024 bei der Vorstellung des Jahresberichts 2023 des Landesbeauftragten.

Der Landesbeauftragte Burkhard Bley sagte: „Junge Menschen sind im DDR-Spitzensport ohne Rücksicht auf die Risiken für die sportpolitischen Ziele der DDR instrumentalisiert worden. Sie waren einem Zwangssystem ausgeliefert, in dem sie auf Höchstleistungen getrimmt wurden. Dazu gehörte die Verabreichung von Medikamenten, mit denen ein unverhältnismäßiges Trainingspensum erzielt werden konnte. Viele ehemalige Sportlerinnen und Sportler leiden heute unter schweren Beeinträchtigungen, für die sie dauerhaft einen Ausgleich benötigen.“

Zeitzeuge Thomas Götze, betroffener ehemaliger Sportler (1976 bis 1978 im Hammerwurf bei SC Einheit Dresden), sagte: „Viele ehemalige DDR-Leistungssportler sind aufgrund rechtswidriger staatlich verordneter Dopingvergaben an ihrer Gesundheit schwer geschädigt und sind jetzt

dringend auf zeitnahe finanzielle Unterstützung angewiesen, um mit den erlittenen körperlichen und seelischen Schäden ein lebenswertes Leben führen zu können. Ein entsprechendes grundlegendes Urteil des BVG wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung, zusätzlich wäre die Umsetzung einer vom Petitionsausschuss vorgeschlagenen Gesetzesänderung zur Aufnahme der Doping-Geschädigten in der Gruppe der SED-Unrechtsopfer ein wirksames Mittel.“

Hintergrund

Seit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Greifswald Ende 2020 hatten DDR-Sportgeschädigte in Mecklenburg-Vorpommern gute Chancen, ihre im Sport erlittenen Gesundheitsschäden als rechtsstaatswidrige Maßnahme anerkennen zu lassen. Dieser Weg einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation könnte demnächst durch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts versperrt werden, die DDR-Sportgeschädigte in allen Ländern betreffen würde. Eine Lösung könnte die explizite Aufnahme der Betroffenen in das Rehabilitierungsgesetz sein, wie die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier vom 28.02.2023 vorgeschlagen hatte.

Nach erfolgter Rehabilitation kann in einem zweiten Schritt eine monatliche finanzielle Leistung beantragt werden. Seit Anfang 2024 gilt dafür das soziale Entschädigungsrecht nach Sozialgesetzbuch XIV, welches das Bundesversorgungsgesetz abgelöst hat.

Die sehr komplexen Verfahren zur Anerkennung erlittener gesundheitlicher Schädigungen aufgrund rechtsstaatswidriger Maßnahmen sind langwierig und leider selten erfolgreich. Antragsteller scheitern regelmäßig daran, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Vergabe von Dopingmitteln und den Gesundheitsschäden nachzuweisen, da wegen der strengen Konspiration in der Regel keine persönlichen Medikationen überliefert sind. Die Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag von 2021 Erleichterung beim Zugang zu Leistungen für gesundheitliche Folgeschäden auch für ehemalige politische Häftlinge vorgesehen, die aber noch nicht umgesetzt wurden.

Mit Stand Ende 2023 wurden in der Beratung bei der Landesbeauftragtenbehörde MV insgesamt 338 ehemalige Athletinnen und Athleten betreut. Von den seit 2020 insgesamt 64 betreuten Anträgen auf verwaltungsrechtliche Rehabilitation waren 43 Fälle erfolgreich. In 39 Verfahren werden Betroffene nach ihrer Rehabilitation in den Verfahren nach dem Bundesversorgungsgesetz wegen gesundheitlicher Folgeschäden unterstützt. In Zuständigkeit von Mecklenburg-Vorpommern wurde bisher für ehemalige Sportlerinnen und Sportler vom zuständigen Versorgungsamt Schwerin lediglich in einem Fall eine Beschädigtenversorgung zuerkannt, die mit Zahlung einer Grundrente auch finanzielle Leistungen umfasst. Mit Unterstützung der Beraterin konnte in drei weiteren Bundesländern eine Anerkennung der gesundheitlichen Folgeschäden erreicht werden, darunter die Zahlungen einer Grundrente nach einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation und einer Grundrente in Folge eines Verfahrens nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). 

Werden Opfer der SED-Diktatur in Neubrandenburg hingehalten?

Nach mehr als drei Jahrzehnten der Friedlichen Revolution von 1989 gibt es immer noch keinen würdigen Gedenkort für die SED-Opfer in Neubrandenburg bzw. für den ehemaligen Bezirk Neubrandenburg. Bereits am 30.11.2023 stellte die Stadt Neubrandenburg ihre Ideen zur „Erinnerungskultur in der Viertore-Stadt Neubrandenburg – Die Neuaufstellung des städtischen Gedenkkonzepts und der Umgang mit der Immobilie der ehemaligen MfS-Haftanstalt“ vor.

Hierbei stellte sie zwei Gestaltungsideen der Stadtplanung Neubrandenburgs vor. Jetzt soll eine dritte Gestaltungsidee erfolgen, weil die SED-Opferverbände den ersten zwei Ideen ablehnend gegenüberstehen, so meine Wahrnehmung. Gleichzeitig entzieht es sich meiner Kenntnis, warum kein Architektenwettbewerb zum Neubrandenburger Areal des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), ähnlich wie zur Gestaltung des Rathaus-Vorplatzes, durchgeführt wird. Warum

verweigert sich die Neubrandenburger Stadtvertretung diesem Ansinnen bzw. warum schlagen sie es nicht der Stadtverwaltung vor? Nach meiner Meinung wäre es sinnvoll, weite Teile des Hafttraktes sowie Elemente der Verhörzimmer zu erhalten.

Dass heute über das MfS-Areal und über die zweitgrößte Haftanstalt des MfS in Neubrandenburg nach Berlin-Hohenschönhausen gesprochen und die Erfor-

schung angestrebt wird, verdanken wir dem jahrzehntelangen Engagement unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden André Rohloff.

Ein Dokumentationszentrum zum SED-Unrecht im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg sollte unserer Ansicht nach an einem authentischen Ort erfolgen.

Dabei muss die Struktur des Areals erhalten bleiben. Und die Neubrandenburger Stadtplanung sollte den Kontakt zu den SED-Opferverbänden suchen.

Schauen wir heute nach Berlin, sehen wir nach dem Abriss der Berliner Mauer (1961–1989) auch, wo sie damals verlaufen ist. Warum soll dies in Neubrandenburg nicht auch möglich sein? Eine engere Zusammenarbeit mit der VOS und ein respektvoller Umgang auf Augenhöhe der Stadt Neubrandenburg mit der VOS, die sich seit Jahren für das ehemalige MfS-Areal in Neubrandenburg engagiert, wäre nicht nur wünschenswert, es würde vor allem Respekt zeigen vor dem Opfergang der politisch Verfolgten in der SBZ und DDR.

Daher meine Forderung: Baut die „Freiungstorte“ der Neubrandenburger MfS-Haftanstalt als Erinnerungsort wieder auf, damit heutige Generationen erleben können, was Unrecht bedeutet und wie wichtig Freiheit und Demokratie sind. Denn daran lässt sich der Umgang der Menschheit mit den Opfern einer Diktatur messen.

Silvio Blum, Ihlenfelder Straße 26,
17034 Neubrandenburg
(Mitglied in der Vereinigung
der Opfer des Stalinismus e.V.,
Mecklenburg-Vorpommern)

Ein Zeichen setzen!

Nach 50 Jahren wird einem Stasi-Offizier wegen Mordes der Prozess gemacht. Nach Schüssen an der früheren innerdeutschen Grenze kommt ein heute 80-jähriger Ex-Stasi-Offizier wegen des Tatvorwurfs Mord vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft wirft dem früheren Stasi-Mitarbeiter heimtückischen Mord vor. Er soll laut Anklage am 29. März 1974 mit einem gezielten Schuss in den Rücken aus einem Versteck heraus einen Polen in Ost-Berlin am früheren Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße erschossen haben. Der Beschuldigte soll laut Anklage zur Tatzeit einer Operativgruppe des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit angehört haben und mit der „Unschädlichmachung“ des Polen beauftragt worden sein.

Warum es erst heute zu einer Anklage kommt, wird das Gericht klären müssen, da in den 1990er und 2000er Jahren keine Anklage trotz staatsanwaltlicher Ermittlungen erhoben wurde. Verdanken die Opfer der „moderaten“ DDR-Diktatur, in diesem speziellen Fall, dass der Täter angeklagt wird, weil der polnische Staat nicht lockerließ und im Jahr 2021 einen Auslieferungsantrag beantragte?

Die Aufarbeitung ist wichtig und die Opfer der kommunistischen Diktatur müssen Gehör finden. Heute gewinnt man immer mehr den Eindruck, dass viele ehemalige DDR-Bürger nicht anerkennen wollen, dass die kommunistische DDR ein verbrecherischer Staat war. Sie wollen den staatlichen Terror verharmlosen und eine

Nostalgie breitet sich aus. Aus juristisch Sicht verjährt Mord nicht. Und Beihilfe zum Mord auch nicht. Die Staatsanwälte müssen gegen die mutmaßlichen Täter auch heute noch ermitteln.

Dieses Verfahren birgt auch heute noch eine Chance für die Gesellschaft. Zwar könnte die heutige Aufklärung von einzelnen Tatkomplexen vor Gericht die Schuld der versäumten juristischen Aufarbeitung nicht wiedergutmachen. Doch das heutige Gerichtsverfahren kann Anstoß sein, sich intensiver mit dem Täter und den Taten des Unrechtsstaates DDR zu befassen. Das Schweigen muss enden! Wir dürfen die Fehler wie nach 1945 nicht wiederholen. Die Täter gehören vor ein Gericht!

André Rohloff

Bundesstiftung widmet sich intensiv dem Thema Treuhandanstalt

Mit dem neu erschienenen von Olaf Jacobs und der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegebenen Band „Die Treuhand – Inneneinsichten einer Behörde“ fiel der Startschuss für die erneute intensive Beschäftigung der Bundesstiftung Aufarbeitung mit dem Thema Treuhandanstalt.


In dem 428 Seiten starken Interview-Buch sprechen frühere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Geschichte dieser Behörde, die zwischen 1990 und 1994 für die Privatisierung der DDR-Wirtschaft zuständig war.

Die „Treuhand“ und ihre Tätigkeit wird auch knapp 30 Jahre nach ihrer Auflö-

sung kontrovers diskutiert. Das Buch basiert auf Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung und mit Fördermitteln des Deutschen Bundestages von der Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft Hoferichter & Jacobs geführt wurden.

Die Direktorin der Bundesstiftung, Dr. Anna Kaminsky, erklärte dazu: „Der Band ergänzt die Debatte um eine weitere wichtige Perspektive: die von innen. Erstmals kommen in diesem Umfang die Menschen zu Wort, deren Arbeit bisher zumeist von außen beurteilt, nicht zuletzt verurteilt wurde.“

Aus diesen Interviews entsteht derzeit zudem eine Podcast-Reihe, deren erste beiden Folgen bereits online sind. Diese Folgen finden Sie auf unserem Spotify-Kanal. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit Hoferichter & Jacobs ist das Online-Projekt www.treuhandanstalt.online entstanden. Durch eine interaktive Karte und vielfältige Visualisierungen finden sich hier Hintergründe zu den DDR-Betrieben, die von der Treuhandanstalt übernommen wurden.

Weitere Informationen zum Thema bietet die Bundesstiftung Aufarbeitung in einem umfangreichen Themendossier auf ihrer Website an. 

Relaunch von Onlineportal „verurteiltundvergessen.de“

Onlineportal der Dokumentationsstelle Dresden in modernem Design und mit neuen Features. Der vor einem Jahr ins Netz gestellte virtuelle biografische Geschichtsatlas dokumentiert Lebensläufe von Menschen, die zwischen 1945 und 1955 zu Unrecht von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt wurden.

Ausgehend von der letzten Wohnanschrift der Verfolgten vor ihrer Verhaftung gibt das Portal Anstöße zur Erkundung der Vergangenheit des eigenen Geburts-, Wohn- oder Aufenthaltsortes. Neben dem ansprechenden Design werden weitere Funktionen die Website zusätzlich auf.

Das ist neu: Mehr Biografien: Nachdem die Seite mit Verfolgten aus Sachsen gestartet war, enthält sie nun fast 300 Verweise auf Verfolgte aus ganz Deutschland. Etwa die Hälfte von ihnen wird in Kurzbiografien vorgestellt. Optimierte für Mobilgeräte: Das Portal ist nunmehr auch über die Webbrowser von Smartphones und Tablets zugänglich.

„Menschen in deiner Nähe“: Per Standorterkennung kann man sich die Verweise auf „verschundene Nachbarn“, d. h. auf Menschen, die in der unmittelbaren Umgebung lebten, anzeigen lassen.

Zeitleiste und Lebensweg: Die Verfolgungsgeschichte von der Verhaftung am letzten Wohnort bis zur Entlassung wird anhand einer Zeitleiste und auf einer Karte visualisiert.

Verbesserte Suchmöglichkeiten: Die Menge der Porträtierten lässt sich neben Gericht, Gerichtsort, Strafnorm und Strafmaß nunmehr auch nach Geschlecht, Geburtsjahr und Verurteilungsjahr filtern. Daneben gibt es eine Volltextsuche.

Einbindung von Multimediainhalten und weiteren Onlinere Ressourcen: Neben Dokumenten, Publikationen und Archivquellen enthalten die biografischen Einzeldarstellungen Links zu weiteren Online-Ressourcen, wie etwa den Zeitzeugenangeboten der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder

dem Online-Portal der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion.

Begriffe und Abkürzungen: Sie sind nun mit dem Glossar verknüpft und werden beim Darüberfahren mit der Maus automatisiert angezeigt.

Erleichtertes Mitmachen und Teilen: Nutzerinnen und Nutzer werden gebeten, die Weiterentwicklung der Seite durch die Übersendung von Fotografien oder Dokumenten zu unterstützen. Biografische Inhalte können leichter über Social Media und E-Mail geteilt werden. Die Weiterentwicklung des Portals wurde durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und durch den Freistaat Sachsen (Landesprogramm „Sehnsucht nach Freiheit“) finanziell unterstützt.

Verschaffen Sie sich hier selbst einen eigenen Eindruck von den Neuerungen: <https://verurteiltundvergessen.de>

Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden | Stiftung Sächsische Gedenkstätten

UOKG zum Sonderbericht der SED-Opferbeauftragten

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke hat am 12. März 2024 dem Bundestag einen Sonderbericht zur Verbesserung der Anerkennung von Gesundheitsschäden von Opfern der SBZ/SED-Diktatur

vorgelegt. Ihrem Kommentar in der dazugehörigen Pressemitteilung kann bereits die Grundlage für einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf entnommen werden:

Evelyn Zupke: „Die Schädigungen der SED-Opfer liegen mehrere Jahrzehnte zurück und erfolgten in den Strukturen eines repressiven Staats. Mit dem Nachweis des ursächlichen Zusammenhangs werden hier Kriterien angelegt, die für die Mehrheit der Opfer von politischer Verfolgung in der DDR nicht erfüllbar sind. Das Scheitern der Opfer liegt damit im System.“

Die UOKG e.V. schließt sich der Forderung nach einer Verbesserung der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden umfänglich an.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Wir haben keinerlei Verständnis dafür, dass die Opfer der SBZ/SED-Diktatur im 35. Jahr nach der Friedlichen Revolution so ausgegrenzt werden und das Thema kein Interesse findet. Der Gesetzgeber sollte sich endlich um die Menschen kümmern, die schwere gesundheitliche Schäden davongetragen haben, weil sie unschuldig staatlicher Gewalt ausgesetzt waren.“



Evelyn Zupke und Dieter Dombrowski bei einer Veranstaltung zum Sonderbericht im Deutschen Bundestag im Jahr 2022. Foto: Alesch Mühlbauer/UOKG

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stachel-drahts, „Frau Zupke, wer erzählt unsere Geschichte, wenn es uns einmal nicht mehr gibt?“ Diese Frage stellte mir ein ehemaliger politischer Häftlinge, der bis zum seinem Freikauf in die Bundesrepublik viele Jahre Zwangsarbeit im Gefängnis leisten musste. Ich denke, diese Frage bewegt Sie genauso stark wie mich als Opferbeauftragte. Wer erzählt die Geschichte des Widerstandes in der Diktatur, die Geschichte der Repression und die Geschichte des Leidens der Opfer, wenn die Zeitzeugen immer weniger werden?

In meiner täglichen Arbeit erfahre ich immer wieder, wie wichtig es für die Betroffenen von SED-Unrecht ist, dass ihr Leid rechtlich und finanziell anerkannt, aber vor allem auch, dass es von der Gesellschaft gesehen wird. Und für die Gesellschaft ist es wiederum wichtig, dass wir staatliches Unrecht in der Geschichte Deutschlands nicht vergessen, es aufarbeiten und vermitteln. Schließlich ist das eine der Grundlagen, um den besonderen Wert unserer heutigen Demokratie und Freiheit zu schätzen und wissen, warum es sich lohnt, beides zu verteidigen.

Mit Blick auf die SED-Diktatur sollten wir uns deshalb immer wieder klarmachen, was es hieß, in einem Land eingesperrt gewesen zu sein, seine Meinung nicht frei sagen zu dürfen, nicht frei wählen und seine schulische und berufliche Laufbahn nicht frei bestimmen zu dürfen. Was es hieß, immer in der Angst zu sein, dass wenn man selbstbestimmt leben wollte, einem soziale und berufliche Benachteiligung, psychische Zersetzung, politische Verfolgung bis zur Heimeinweisung (der Kinder) und politischer Haft sowie im schlimmsten Fall der tödliche Schuss am Grenzregime drohten.

Dieses Gedenken und Erinnern zu organisieren und hierbei die Opfer allen staatlich organisierten Unrechts wahrzunehmen, um den antitotalitären Konsens in unserer Gesellschaft zu festigen, ist der Auftrag der Erinnerungskultur.

Seit meinem Amtsantritt setze ich im Rahmen der Erinnerungsarbeit als SED-Opferbeauftragte intensiv für die zügige Umsetzung des Baus des geplanten nationalen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ein.

Die UOKG als Dachverband der Opferverbände fordert ein solches bereits seit 2008. Viele Länder des früheren Ostblocks haben zentrale Gedenkorte, an denen der millionenfachen Opfer der kommunistischen Verbrechen nach 1945 gedacht wird. Nur in Deutschland fehlte bisher ein solches zentrales Mahnmal – auch, wenn es einzelne Orte des Gedenkens gibt. Ich bin deshalb dankbar, dass die Kulturstatsministerin im Jahr 2022 insbesondere auf Initiative der UOKG einen Runden Tisch eingerichtet hat, bei dem auch ich mich als Opferbeauftragte des Bundestages einbringe. Gemeinsam mit der UOKG, der Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Berliner Bezirk Mitte haben wir im letzten Jahr ein Grundstück gegenüber dem Kanzleramt im Spreebogenpark finden können. Dieses erfüllt die vom Bundestag – auf Grundlage des 2020 auch von der UOKG erarbeiteten Konzepts – gesetzten Anforderungen für das Mahnmal. Derzeit werden noch letzte rechtliche Fragen geklärt. Ohne Frage hätte ich mir einen schnelleren Prozess gewünscht. Dennoch bin ich froh, dass wir diese Fortschritte in den letzten Monaten erreichen konnten.

Für den Wettbewerbsprozess sind Mittel im Bundeshaushalt vorgesehen. Dies ist besonders wichtig, da wir gerade in den heutigen Zeiten besonders darauf achten müssen, dass solch wichtige Projekte nicht schlussendlich am Geld scheitern. Ich wünsche mir, dass spätestens zum 35-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls im Herbst dieses Jahres der Startschuss für den Wettbewerb gegeben wird. Für die Opferverbände wird das ein wichtiger Erfolg ihrer langjährigen Arbeit sein!

Die Opfer von staatlicher Gewalt in SBZ und DDR, sie werden mit dem Mahnmal noch sichtbarer im Herzen unserer Hauptstadt, im Herzen unserer Demokratie!

Um die Erinnerungskultur zur kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR auch für die nächsten Jahren auf zukunfts-feste Beine zu stellen, muss das bestehende Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung endlich überarbeitet werden. Meiner Ansicht nach sollten dabei die Arbeit der Gedenk- und Dokumentationsstätten dauerhaft und umfänglich gesichert und gleichzeitig auch Lösungen für wichtige künftige Herausforderungen

gefunden werden: Dass in unserem aktuellen Gedenkstättenkonzept noch nicht einmal das Internet als Quelle zur Wissensvermittlung Erwähnung findet, zeigt den notwendigen Aufholbedarf, damit unsere Erinnerungskultur Schritt mit den gesellschaftlichen Entwicklungen unserer Zeit hält.

Ich wünsche mir, im überarbeiteten Gedenkstättenkonzept neue Wege für den Umgang mit einem immer geringer werdenden Anteil an Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu finden. Denn viele der Personen, die sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich in der Gedenk- und Erinnerungskultur engagieren, können aufgrund ihres fortgeschrittenen Lebensalters ihren oft unermüdlichen Einsatz in den kommenden Jahren nicht mehr in gleichem Maße fortsetzen, weshalb es hier meiner Ansicht nach dann auch eines verstärkten Einsatzes öffentlicher Stellen bedarf, um diese wichtige Erinnerungsarbeit zu sichern. Und schließlich wird es auch darauf ankommen, dass wir Erinnerungskultur unter den Vorzeichen einer sich weiter pluralisierenden Gesellschaft anders denken müssen – also in einer Gesellschaft, in der es immer mehr Menschen gibt, die selbst weniger Bezugspunkte zu diesen Teilen staatlichen Unrechts in unserer Geschichte haben.

In diesem Prozess setze ich mich dafür ein, dass dabei auch stets der Blick auf die einzelnen Schicksale der Opfer gesucht und dass die Sichtbarkeit einzelner Opfergruppen erhöht wird. Hier sind die Opferverbände meine wichtigsten Partner. Im neuen Gedenkstättenkonzept sollte sowohl der frühe Widerstand und die Opposition der Menschen in der DDR weit vor 1989 hin zur Schwächung und Überwindung der SED-Diktatur als auch beispielsweise der Widerstand der Frauen und das Leid der Opfer in der SBZ stärker betont werden. Und es ist mir ein großes Anliegen, dass in der konkreten Gedenkstättenarbeit künftig die Perspektive der Opfer kontinuierlicher einbezogen wird, indem einzelne Betroffene oder ihre Vertretungen innerhalb der Strukturen oder der Abläufe der unterschiedlichen Einrichtungen beständige Beteiligung finden.

Dass ist umso wichtiger, da viele Gedenkstätten – gerade zum SED-Unrecht – ja überhaupt erst aus dem zivilgesell-





Frau Zupke bei der Besichtigung der zukünftigen Gedenkstätte Hoheneck in Stollberg © Team Zupke

kultur, die Erinnerung an die Schicksale der Opfer und den Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung, noch stärker als bisher im kollektiven Gedächtnis verankert und in die nächsten Generationen getragen werden!

schaftlichen, regionalen und ehrenamtlichen Wirken Unrechtsbetroffener entstanden sind. Dass in diesem Sommer die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte ehemaliges DDR-Frauengefängnis auf der Burg Hoheneck durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet werden wird, ist auch dem jahrelangen Engagement der Stadt Stollberg/Erzgebirge, hoher finanzieller Mittel des Landes und des Bundes und eben auch der beharrlichen Arbeit vieler damals dort aus politischen Gründen inhaftierter Frauen selbst zu verdanken. Es ist dieses große Engagement Unrechtsbetroffener und der Verbände, was mich immer wieder beeindruckt!

Umso dankbarer bin ich, dass mit dem Jahr 2024 der Bund nun auch den Betrieb der Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck dauerhaft fördern wird. Mein Dank gilt hier der UOKG und insbesondere dem Frauenforum, die sich mit mir gemeinsam in den letzten Jahren intensiv hierfür eingesetzt haben.

„Frau, Zupke, wer erzählt unsere Geschichte, wenn es uns einmal nicht mehr gibt?“

Wenn wir die Weichen in den nächsten Jahren richtig stellen, dann wird unsere lebendige Erinnerungs-

Ihre Evelyn Zupke

Rechtsprechung oder Diskriminierung?

Die Diskriminierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die in der Zuordnung der bereits in das Rechtssystem der Bundesrepublik integrierten DDR-Flüchtlinge zur Insolvenzmasse der untergegangenen DDR zum Ausdruck kommt, hat die Bundesregierung Anfang der 1990-er Jahre vorsätzlich inszeniert. Diese inzwischen bewiesene Verletzung des Grundgesetzes haben alle Bundesregierungen seit dem Mauerfall perpetuiert. Das ist bereits mehrfach im Stacheldraht thematisiert worden.

Die eindeutige Positionierung der Opferbeauftragten Evelyn Zupke in Heft2/2024 ist in dieser Hinsicht besonders hervorzuheben, da sie als Instanz des Bundestages und Nichtbetroffene frei das vertreten kann, was sie als dringend zu lösendes Problem erkannt hat. Ihre Aussage „Das BMAS kam unter Berücksichtigung eines hierzu erstellten Gutachtens allerdings zu dem Fazit, dass eine vom Petitionsausschuss vorgeschlagene Neuregelung verfassungswidrig sei und vorbehaltlich einer anderslautenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für eine Änderung der geltenden

Regelungen kein Anlass gesehen wird“ ist jedoch erläuterungs- bzw. ergänzungsbedürftig. Der Beitrag von Jürgen Holdefleiss im gleichen Heft weist darauf hin, dass die Blockade gegen eine Lösung des Problems im BMAS zu verorten ist.

Die vom BMAS gezogene Schlussfolgerung aus dem von Frau Zupke erwähnten Gutachten ignoriert die vollständige Antwort auf die dem Gutachter gestellte Frage, dass er nämlich nur dann eine Verfassungskollision sieht, wenn das Berufliche Rehabilitierungsgesetz im gleichen Zug nicht novelliert wird, was das Gutachten als gesetzestechnisch zwar aufwendig, aber lösbar beschreibt. Eine gesetzestechnisch schwere Aufgabe kann aber nicht als Argument gelten, diese Aufgabe nicht zu lösen, wenn sie ansonsten rechtspolitisch, sozialpolitisch und verfassungsrechtlich als zu lösendes Problem erkannt worden ist.

Insofern hat das BMAS die Antwort auf die dem Gutachter gestellte Frage, ob eine verfassungskonforme Lösung möglich sei, ganz bewusst falsch ausgelegt,

indem es den aufgezeigten Lösungsansatz, der die dem Gutachter gestellte Frage beantwortet, ignoriert. Ein weiteres Gutachten, das der gleiche Verfasser Prof. Dr. Steinmeyer/Uni Münster bereits ein dreiviertel Jahr früher erstellt hatte, kommt bei einer entsprechenden (anderen) Fragestellung zu dem Ergebnis, dass die derzeit geübte Praxis gegen mehrere Verfassungsgrundsätze verstößt. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass, worauf der Gutachter hinweist, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Sache bisher nicht vorliegt. Im Interesse einer Lösung des seit inzwischen Jahrzehnten bestehenden Problems ist der Nachweis, dass hier elementare Grundgesetzverstöße vorliegen, der Hebel, um das BMAS zu einer Revision seiner Haltung zu veranlassen.

Helfried Dietrich, Stellvertretender
Vorsitzender IEDF

Buch: WIE LANGE NOCH?:

Seit 30 Jahren vom Rechtsstaat geprellt (Globus) Broschiert 2023, 333 Seiten, ISBN: 979-1220137218. Ein Zeichen setzen!

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

Zur verwaltungsrechtlichen Rehabilitation für Opfer der staatlichen Zwangsdoping der DDR hat das Bundesverwaltungsgericht am 27. März 2024 seine Entscheidung getroffen. Auch zwei Mitglieder der „Arbeitsgruppe DDR-Sportgeschädigter“ haben sich auf den Weg nach Leipzig gemacht, um der Klägerin bei der Verhandlung vor Ort mental beizustehen.

Die Entscheidung des Gerichts, dass DDR-Sportgeschädigte für die gesundheitlichen Folgen des in der DDR an ihnen vorgenommenen systematischen staatlichen Dopings keine verwaltungsrechtliche Rehabilitation in Anspruch nehmen können (s. <https://www.bverwg.de/pm/2024/13>), ist sehr bitter und nicht nachzuvollziehen.

Viele von uns leiden unter schweren gesundheitlichen Folgen und damit verbun-

denen finanziellen Einbußen im Arbeitsleben, folglich auch im Rentenalter. Kostspielige, aber notwendige Therapien werden häufig nicht von den Kassen bezahlt. Eine Rehabilitation als Voraussetzung für Leistungen des sozialen Entschädigungsrechts ist für DDR-Sportgeschädigte nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nun nicht mehr möglich. Wir fordern von der Politik die gesetzliche Anerkennung der Dopingopfer als besondere Opfergruppe, um damit den Weg zur verwaltungsrechtlichen Rehabilitation und zu einem dauerhaften und regelmäßigen finanziellen Ausgleich zu eröffnen.

Weitere Hintergründe zur Problematik finden Sie auf unserer Homepage:

– <https://www.landesbeauftragter.de/aktuelles/neuigkeiten/details/>

keine-verwaltungsrechtliche-rehabilitation-fuer-betroffene-des-ddr-zwangsdopings
– <https://www.landesbeauftragter.de/aktuelles/presse/details/ddr-sportgeschaedigte-benoetigen-dauerhafte-unterstuetzung>

sowie im Kapitel 5 unseres Jahresberichts 2023, S. 21 ff.

– <https://www.landesbeauftragter.de/downloads/taetigkeitsberichte>.

Burkhard Bley
Landesbeauftragter für
Mecklenburg-Vorpommern für die
Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7
19053 Schwerin

Mail: B.Bley@lamv.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de

Recht oder Gerechtigkeit?

Endlich gerät ein besonderer Unrechtsbereich der DDR verstärkt in den Focus der Öffentlichkeit. Der Problembereich Doping gehört dringend in die Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Es gibt die Chance, dem Thema in der Öffentlichkeit nachhaltig Aufmerksamkeit zu verschaffen. Das Urteil vom 27.03.2024 des Bundesverwaltungsgerichtes ist der aktuelle Anlass. Hier wurde erneut dokumentiert, und zwar am Beispiel der Dopingopfer, dass Staatsunrecht der DDR nicht angemessen gewürdigt und aufgearbeitet wird. In diesem Urteil – man staune – wird sogar die Willkürmaßnahme der DDR verneint und somit den Dopingopfern ein Rechtsanspruch verwehrt. Das Urteil reiht sich in die Serie unseliger Entscheidungen ein, die der Lage entsprechend in die Homepage „Richterkontrolle“ eingefügt werden muss.

Wir widmen diese Kurzinfo deshalb ausschließlich diesem Unrechtsbereich, den die ARE schon früher thematisiert hatte und der insbesondere im Wirkungsbereich unseres langjährigen Vorstandsmitglieds, des Polizeidirektors Manfred Kittlaus von der ZERV, gelegen hatte. Jetzt hat sich auch Dr. Wasmuth der Sache angenommen. Wird unsere Initiative, werden die Argumente von Dr. Wasmuth und die Positionierung der SED-Opferbe-

auftragten Zupke in der Öffentlichkeit zu einer Reaktion des Gesetzgebers führen? Wir werden jedenfalls darauf hinarbeiten.

12.000 bis 15.000 Personen wurden in der DDR Dopingmittel verabreicht. Für rund 15 % der Betroffenen hatte die Dopingaufnahme schwerwiegende und langfristige gesundheitliche Folgen. Etwa 300 Personen sind wegen der Verabreichung von Dopingmitteln vorzeitig der Verabreichung von Dopingmitteln vorzeitig gestorben. Es geht also um eine Größenordnung, zahlenmäßig vergleichbar mit den Opfern an der Berliner Mauer.

Das Gericht hatte angenommen, der Gesetzgeber habe mit Erlass des Doping-Opfer-Hilfegesetzes (DOHG), das aus humanitären und vor allem sozialen Gründen finanzielle Hilfen gewährt, klargestellt, dass keine Rechtsansprüche der Doping-Opfer bestehen.

Das gerade Gegenteil ergibt sich aber aus §8 Abs.,1. S.1 des DOHG, in dem es heißt: „[...] Ansprüche wegen desselben Lebenssachverhalts aus anderen Rechtsgründen bleiben unberührt.“ Unrecht wird also „weichgespült“, klein geredet und damit die gesetzlich eingeforderte Aufarbeitung unterlassen. .

Schon die Rechtsprechung zum System der Spezialheime hatte seit 2012 quasi ausgeblendet, dass in großem Stil die DDR die Zerstörung der Persönlichkeit eingewiesener Kinder und Jugendlicher zu verantworten hatte. In der Tat wurde aber 2019 eine Kurskorrektur veranlasst, und zwar durch die Einführung einer gesetzlichen Vermutung. Ein schlimmes Beispiel aus der Vergangenheit: Um verfolgte und betroffene Unternehmer nicht zu rehabilitieren, haben das Kammergericht und das Oberlandesgericht Dresden den Strafcharakter der im sowjetischen Machtbereich erfolgten Maßnahmen bestritten, mit dramatischen Folgen für die Opfer und Geschädigten bis heute.

Immer wieder wird aus der Politik der Hinweis gegeben, die Fehler bei der Aufarbeitung des NS-Unrechts dürften sich nicht wiederholen. Das Gegenteil wird durch die neuerliche Entscheidung belegt. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Und die „Richterkontrolle“ soll die Öffentlichkeit jetzt sensibilisieren. Wir werden die zuständigen Ministerien eindeutig anstoßen – und darüber hinaus auch die Legislative.

Manfred Graf v. Schwerin,
Aktionsgemeinschaft ARE

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) informiert

Enteignungen in SBZ und DDR in Sachen Bodenaffäre Brandenburg

Ihnen ist bekannt, dass es in der SBZ und der DDR unterschiedliche Formen von Zugriffen und Verfolgungen gegeben hat, die unterschiedlich schweres Unrecht bedeuteten und auf die die geltenden Gesetze unterschiedlich reagieren. Oft sind diese Formen von Unrecht zeitlich nebeneinander angewendet worden. Es beginnt mit der sogenannten Bodenreform und der sogenannten Wirtschaftsreform in der Zeit bis 1945 bis 1949.

Wir unterscheiden hier drei Formen von Unrecht:

- Strafrechtliche Einziehung von Vermögenswerten
- Verwaltungsrechtliche Einziehung von Vermögenswerten
- Objektbezogene Enteignung

Bedeutsam ist, dass die Straf- und Verwaltungsrechtlichen Entziehungen von Vermögenswerten Akte der politischen Verfolgung waren, die sich schwerpunktmäßig gegen Personen richteten, die oft nicht nur verfolgt, sondern vertrieben oder inhaftiert wurden. Die Enteignungen haben sich dagegen nur gegen Vermögenswerte, nicht aber gegen Personen gerichtet. Die Akte der politischen Verfolgung sind daher das viel schwerer wiegende Unrecht. Sie sind nach den geltenden Gesetzen zu rehabilitieren. Enteignungen werden dagegen nicht rehabilitiert, sie lösen vermögensrechtliche Ansprüche aus, die aber rechtlich nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Zusammengefasst: Wenn weiterhin die Unrechtsmaßnahmen nur als „Enteignungen“ ausgegeben werden, dann geht es

im wesentlichen nur noch um den Blick auf das Vermögensgesetz. Und dies wollen wir versuchen zu ändern.

Aus aktuellem Anlass weisen wir darauf hin, dass wir in Kontakt mit den Vertretern des brandenburgischen Landtags jetzt endlich die Aufarbeitung der bekannt-berühmten Bodenaffäre wieder vorantreiben können.

ARE –Team mit
Manfred Graf von Schwerin

ARE-Zentrum
Westendstr. 14a
34305 Niedenstein
Tel.: 05624-3069401
Fax: 05624-3069402
E-Mail: info@are-org.de
Homepage: www.are-org.de



Nach 10 Jahren – Kompromiss in Neubrandenburg in Aussicht

Im Jahr 2015/2016 wurden Teile (4 Wachtürme und Mauer) des MfS-Areals in Neubrandenburg auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. unter Denkmalschutz gestellt. Im Jahr 2016 wurde der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. von Seiten der Stadt Neubrandenburg mitgeteilt, dass man sie in zukünftige Planungen mit einbeziehen wird.

Nachdem die ehemalige Untersuchungsanstalt (UHA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die bis 2018 als Justizvollzugsanstalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiter genutzt wurde und im Oktober 2018 leer gezogen war, stellte die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. hierfür einen Denkmalschutzantrag. Die Denkmalschutzbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern sah hier entgegengesetzt der Betroffenen keine Denkmalschutzzeigenschaften.

In den Jahren 2021 und 2022 gab es unter Beteiligung der Stadt Neubrandenburg, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., u.w. öffentliche Symposien zum weiteren Umgang mit dem zweitgrößten MfS-Areal in der DDR nach Berlin-Hohenschönhausen. Im Jahr 2022 gab es dann die erste öffentliche und bisher letzte Führung durch die UHA, welche auf sehr reges Interesse (über 1000 Besucher an einem Tag) stieß.

Am 30.11.2023 informierte die Stadt Neubrandenburg zu ihren Gestaltungsvorstellungen, Planungen und Gedenkvorhaben auf dem ehemaligen MfS-

Areal. Bis Mitte zum Herbst des Jahres 2024 möchte die Stadt Neubrandenburg einen weiteren Gestaltungsvorschlag erarbeiten. Zum Ende eines Forschungs- und Willensbildungsprozesses, sowie der Planungen, steht ggf. die Gestaltung eines Erinnerungsortes der in Form eines Ideenwettbewerbs durchgeführt werden soll.

Welche Variante letztlich zum Tragen kommt, wird der fortschreitende Willensbildungsprozess und letztlich ein Beschluss der Neubrandenburger Stadtvertretung zeigen. Ich erinnere mich nicht, dass jemals eine Fraktion aus der Neubrandenburger Stadtvertretung, Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. zu Gesprächen eingeladen haben.

Nach gegenwärtigen Überlegungen der Stadt Neubrandenburg könnten auf dem mehrere tausend Quadratmetern großem Areal Originalbauten am historischen Standort erhalten bleiben oder auf andere Weise in einen Erinnerungsort eingearbeitet werden. Ein ca. 350m² großes Gedenkareal für die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur soll entstehen. Die Finanzierung eines Erinnerungsortes war bisher zwischen allen in Betracht kommenden Beteiligten (Bund, Land, Landkreis, Stadt) in keiner Form Gesprächsgegenstand.

Geld macht alles möglich.

Salomo

Na, na, auch wenn der Weise da etwas übertrieben hat, aber ein Abo macht es auf jeden Fall möglich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Nach Gesprächen der Stadt Neubrandenburg im Bundeskanzleramt ist eine Erforschung des MfS-Areals in Neubrandenburg durch Zeithistoriker vorgesehen, sowie regelmäßige zeitgeschichtliche Veranstaltungen und Fachtagungen, um den Willensbildungsprozess zu fördern. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. hat immer den gesamten Erhalt

des Areals in seiner Gesamtheit gefordert. Da dies aus politischer Sicht wirtschaftlich nicht darstellbar ist, sind wir heute zu einem Kompromiss bereit und sehen in der Errichtung einer Gedenkstätte und im Erhalt von Gebäudeteilen eine große Chance, um an die sehr wechselvolle, leidvolle Diktaturgeschichte Neubrandenburgs von 1933 bis 1989 zu erinnern.

Das Wesen einer Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit verkörpert sich nicht im Erhalt des massiven Areals, sondern im Erinnern an die Verbrechen der kommunistischen Diktatur und dass der tiefe Glaube an Freiheit und Demokratie der Sieg über alles Unrecht ist.

Text: André Rohloff

Stolperschwelle zur Erinnerung und Mahnung

Am Alten Leipziger Bahnhof, Eisenbahnstraße 1 in Dresden, wurde am 08. März 2024 durch Gunter Demnig eine Stolperschwelle verlegt. In ganz Europa hat Gunter Demnig mittlerweile mehr als 105.000 Stolpersteine verlegt. Sie erinnern an das Schicksal von Juden, Sinti und Roma,

Anliegen der Dresdner Lokalpolitik und Zivilgesellschaft, nach mehr als 80 Jahren, einen würdigen Gedenkort zu schaffen. Bereits seit 2021 befindet sich auf Initiative der Stadtverwaltung eine temporäre Installation in Anmutung eines Eisenbahnwaggon in Erinnerung an die

wie nie seit dem Holocaust. Dennoch bleibt jüdisches Leben in Deutschland weiterhin fragil und bedroht. So bewegt sich der Alltag der jüdischen Menschen in Deutschland in den 2020'er Jahren zwischen Renaissance und zunehmenden Antisemitismus. Wie sich die jüdischen Gemeinschaften entwickeln, so entwickelt sich auch die deutsche Gesellschaft insgesamt weiter. So werden sich neue Herausforderungen ergeben, aber auch neue Chancen der Annäherung und Zusammenarbeit. Wo man Synagogen wiederaufbaut oder neu aufbaut, wie die Synagoge der Kultusgemeinde in Dresden, Stolpersteine bzw. Stolperschwellen verlegt werden, waltet Humanität und man stellt sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung.

Inscript der Stolperschwelle:

GÜTERBAHNHOF – DRESDEN – NEUSTADT
1942 UND 1943 WURDEN VON DIESEM ORT AUS
MEHRERE HUNDERT DRESDNER JÜDINNEN UND JUDEN DEPORTIERT
IN DAS GHETTO RIGA UND NACH AUSCHWITZ-BIRKENAU
DORT ERMORDET – NUR WENIGE WURDEN BEFREIT

Zeugen Jehovas, Homosexuellen sowie an Euthanasie-Opfer. Die Stolperschwelle hat eine Länge von 60 Zentimeter und erinnert an die vielen Jüdinnen und Juden, die vom Alten Leipziger Bahnhof 1942 und 1943 in das Riga'er Ghetto und nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Diese begannen am 21. Januar 1942, als die nationalsozialistische Reichsregierung sächsische sowie Dresdner Jüdinnen und Juden vom Alten Leipziger Bahnhof in das Vernichtungslager Riga deportierten. Der Alte Leipziger Bahnhof war bis ins das Jahr 1944 Ausgangspunkt und Zwischenstation von Deportationen der jüdischen Bevölkerung und zunehmend auch weiterer Opfergruppen in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Die Anwesenden bei der Verlegung der Stolperschwelle setzten ein Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewaltherrschaft. Akiva Weingarten, Rabbiner der Jüdischen Kultusgemeinde Dresden, sang mit seinen Töchtern bei musikalischer Begleitung mehrere Lieder.

Deportationsopfer auf dem Areal, konzipiert vom Dresdner Institut für Räumliche Resilienz. Den anwesenden Mitgliedern und Freunden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. (VOS e.V.) war die Teilnahme eine große Ehre, denn jüdisches Leben in Deutschland ist heute vielfältig und bunt

André Rohloff (stv. Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/ Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V.)



Am 09. Januar 2024 hat der Ausschuss für Kultur und Tourismus des Dresdner Stadtrates eine Konzeptausschreibung zur Schaffung eines Gedenkortes auf dem Gelände des Alten Leipziger Bahnhofs beschlossen. Diesem Beschluss waren Podiumsdiskussionen und Bürgerforen vorausgegangen. Es ist ein gemeinsames

Stolperschwelle Eisenbahnstraße 1 – Am Alten Leipziger Bahnhof in Dresden
Foto: Copyright Rohloff

Verein Pro Universitätskirche e.V. aufgelöst

Auf der letzten Mitgliederversammlung haben wir beschlossen, unseren Verein Pro Universitätskirche e.V. aufzulösen. Dieser befindet sich nun in der Liquidationsphase. Seit einiger Zeit lastete die Vereinsarbeit fast allein auf mir, und die fällige Vorstandswahl war nicht mehr zu bewerkstelligen. Grund für eine Weiterarbeit gäbe es, denn wir haben unsere Ziele nur zum Teil erreicht. Es ist hier nicht der Platz, im Einzelnen Bilanz zu ziehen.

Deshalb will ich nur kurz ein paar Bemerkungen zu einem Ereignis machen, das im UOKG-Wochenrückblick der 10.–11. Kalenderwoche 2024, S.6 angegeben wird und das eigentlich ganz im Sinne von Pro Universitätskirche gewesen sein könnte: „Zweck des Vereins ist es, an die Kulturbarbarei der Zerstörung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli und des Augusteums und an den Widerstand dagegen und an die Opfer zu erinnern.“ Satzung § 2 (1)))

Meldung im

UOKG-Wochenrückblick:

Veranstaltung am 10.02.2024, 20 Uhr,

KONGRESSHALLE Leipzig

„Anno 1968: Adolf Südknecht – Wir fordern Wiederaufbau!“

aus der Reihe „Adolf Südknecht – Die Paulinerkirche muss weg!“

Das Theater thematisiert in memoriam einen Lebensabschnitt des am 16. August 2022 verstorbenen Physikers Harald Fritzsich. Dieser studierte von 1963 bis 1968 in Leipzig und war vom Ereignis der Sprengung der nach dem 2. Weltkrieg bis dahin intakt gebliebenen Paulinerkirche durch Anweisung des Politbüros des Zentralkomitees der SED bzw. der DDR-Volkammer so erschüttert, dass er zunächst in einer spektakulären öffentlichkeitswirksamen Aktion auf einer internationalen Großveranstaltung dagegen protestierte und dann mit einem Faltboot über das Schwarze Meer in den Westen flüchtete.

Hintergrund

Die Plakatprotestaktion von 1968 ist mehrfach beschrieben worden, z. B. in: Dietrich Koch/Eckhard Koch: Kulturkampf in Leipzig, Denkschrift zur Wiederaufbaudebatte Universitätskirche St. Pauli, FORUM VERLAG LEIPZIG 2006. Dort wird auf S. 44 der Leipziger Historiker zum Plakatprotest mit den Worten zitiert: „Der Plakatprotest war die spektakulärste, erfolgreichste und wohl auch bedeutendste

Aktion universitären Gruppenwiderstandes 1968 in der DDR, ja vielleicht sogar in der Gesamtzeit des Bestehens der DDR, die verwegenste Aktion, die Aktion mit dem höchsten öffentlichen Wirkungsgrad.“ Daran will das Adolf-Südknecht-Theater mit seiner Aufführung erinnern und damit dazu beitragen, die DDR-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, ganz im Sinne der UOKG, die ja auch in ihrem Wochenrückblick auf diese Veranstaltung hinweist. In zwei Beiträgen in der LVZ heißt es, die Aufführung vermittele einen Eindruck „...vom Geist jener Zeit. Und das sei wertvoll in Zeiten, die von einem alarmierend milden Blick auf die Vergangenheit durchsetzt sind.“ Und an anderer Stelle: „Penibel erstellte historische Dossiers gehören deshalb vor jeder Folge zum Briefing aller Spieler.“ Diesem Anspruch wurde die Aufführung nicht gerecht, wie ich im Folgenden an zwei Details erläutern werde, die auf den ersten Blick als nicht besonders wesentlich erscheinen mögen, bei genauerem Hinsehen aber Probleme zeigt, an den Widerstand und an die Opfer zu erinnern.

In der Ankündigung (s. o.) heißt es: Das Theater thematisiert in memoriam einen Lebensabschnitt des am 16. August 2022 verstorbenen Physikers Harald Fritzsich. In den LVZ-Beiträgen wird Fritzsich die zentrale Rolle zugeschrieben (Historisch waren um Harald Fritzsich wohl vier Studenten involviert) und behauptet, er „...entwickelt mit einem Wecker den Mechanismus, der das in die Kongresshalle geschmuggelte und aufgehängte Transparent entrollte.“ Das ist falsch. Er hat diesen Mechanismus nicht entwickelt und war auch nicht in der Kongresshalle, als das Plakat aufgehängt wurde. Er war Mitwisser, viel mehr aber auch nicht. Als Stefan Welzk, der Hauptakteur des Plakatprotestes, die Entwicklung des Auslösemehanismus Fritzsich zuschrieb und insbesondere Dietrich Koch, der ebenfalls am Plakatprotest beteiligt war, völlig inakzeptabel herabsetzte (Stefan Welzk: Leipzig 1968, Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen, Evangelische Verlagsanstalt 2011), hat Dietrich Koch in einer Erwiderung fundiert die damaligen Ereignisse dargestellt, einschließlich dessen, dass der Auslösemehanismus nicht von Fritzsich stammte (Dietrich Koch: Kritik an Stefan Welzk: Leipzig 1968 – aus der Erfahrung eines Stasihäftlings, Hille-Verlag 2013). Nachdem Wilfried Richard, der Vorsitzende des

Paulinervereins, u. a. auch mir eine Einladung zu der Südknecht-Aufführung geschickt hatte und ich die Rezension in der LVZ gelesen hatte, habe ich ihm mit einer Kritik an den eben beschriebenen historisch falschen Darstellungen geantwortet und eine Ausarbeitung mitgeschickt, in der ich vor zehn Jahren den Sachverhalt analysiert habe. Seine Antwort: „Hier müssen wir künstlerische Freiheit walten lassen.“

Zeitzeugen und falsche Erinnerungen

Das zweite Detail betrifft den Beifall, der aufbraute, als sich das Plakat entrollte. Die LVZ schreibt dazu: „Während der Rede von Kulturminister Klaus Gysi entrollte sich in dessen Rücken ein Plakat, das den Wiederaufbau der Paulinerkirche forderte. Im Publikum wurde applaudiert, erinnert sich Wilmi Gerber, heute eine der Macherinnen des Leipziger WiWo-Theaters [...] Herr Gysi wusste nicht, wie ihm geschah“, sagt Gerber [...] Wilmi Gerber erzählt, wie sie fast ihren Studienplatz verlor, weil sie in den Beifall einstimmete, der minutenlang das Protestplakat begleitete.“ Tatsächlich entrollte sich das Plakat während der Preisverleihung für die Orgelpreisträger. Als der dritte Preisträger seinen Preis entgegennahm, bekam er zunächst normalen Beifall, der aber plötzlich zu einem Tosen anschwellte. Es ist schon eigenartig, dass eine Zeitzeugin eine so falsche Erinnerung hat und verbreitet. Mit „künstlerischer Freiheit“ ist das nicht zu erklären oder zu rechtfertigen.

Wilmi Gerber wäre nach ihrer Erzählung beinahe zu einem Stasi-Opfer geworden, weil sie sich an dem tosenden Beifall beteiligt hatte. Weiteres widerständiges Verhalten ist mir nicht bekannt. Auch Fritzsich war kein Stasi-Opfer, und mir ist auch nicht bekannt, dass er einen herausragenden Widerstand gegen die SED-Diktatur geleistet hätte. Andere habe da weitaus mehr getan. In Zusammenhang mit dem Plakatprotest und seinen Folgen ist da insbesondere Dietrich Koch zu nennen. Er hat in 23 Monaten Verhör der Stasi widerstanden. Er ist der Einzige an der Plakataktion Beteiligte, der deswegen verurteilt wurde, und zwar zu zweieinhalb Jahren mit anschließender unbefristeter Einweisung in die Psychiatrie, um die sozialistische Gesellschaft vor ihm zu schützen, wie in der Urteilsbegründung

steht. Wie kaum ein anderer hat er sich für die Erinnerung an die damalige Kulturbareibei eingesetzt. Aber solche wie Dietrich Koch will man nicht würdigen, sondern lässt mit dieser Aufführung einer „Geschichts-Impro-Komödie als Schelmenstück“ (LVZ) einen milden Blick auf die Vergangenheit walten. Das ist leider unsere langjährige Erfahrung.

Ungeheuerlichkeiten in der Geschichtserinnerung

Christian Sachse, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG, hat vor reichlich einem Jahr den Aufsatz von Martin Jander: Waagschalenmentalität, in: Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung, mit einem „Erfahrungsbericht zur UOKG und ihrer

Geschichtspolitik“, besprochen. Das war notwendig, um den Ungeheuerlichkeiten Janders die wirklichen Sachverhalte entgegenzusetzen. Ich habe mir damals den Aufsatz von Jander durchgelesen und bewundere, wie treffend Sachse die wichtigsten von Janders hanebüchenen Auslassungen analysiert. Auch der Verein Pro Universitätskirche kommt bei Jander vor. Soweit ich mich entsinne, mokiert er sich darüber, dass dieser Verein, der sich für eine alte Kirche einsetzt, Mitglied der UOKG ist. Der nicht weiter informierte Leser wird das tatsächlich putzig finden. Was treibt Jander dazu, so zu schreiben, was mit seinem „rechten Rand“ nun wirklich nichts zu tun hat? Sachse lehnt es ab, über bewusste Entstellungen und Auslassungen zu disku-

tieren. Ob auch die Erfahrung zeigt, dass der wissenschaftliche Diskurs sie im Laufe der Jahre korrigiert, darüber bin ich mir bezüglich der von mir geschilderten nicht so sicher. Aber ich werde mich weiterhin engagieren.

Die Vernichtung der Leipziger Universitätskirche war vielleicht die größte Kulturbareibei der gesamten DDR-Geschichte. Die Theateraufführung hatte das nicht zum Thema und wäre damit auch überfrachtet gewesen. Das ist insofern schade, als die junge Generation meist keinerlei Vorstellung von der Größe dieser Schandtat hat.

Dr. Eckhard Koch,
Pro Universitätskirche Leipzig e.V.

Lew-Kopelew-Forum Köln auf Schwarzer Liste des Kreml

Das Lew-Kopelew-Forum e.V. in Köln wurde am 24. März 2024 vom russischen Justizministerium zur unerwünschten Organisation erklärt. Dadurch müssen Mitarbeiter des Vereins, aber auch Referenten und andere Veranstalter des Forums bei Einreise in Russland mit Repressionen oder Festnahmen

rechnen. Das Lew-Kopelew-Forum in Köln, welches nach dem Dissidenten und Gulag-Überlebenden Lew Kopelew benannt wurde, führt seit mehr als 25 Jahren Veranstaltungen für Demokratie und Menschenrechte durch. Es ist ein wichtiger Ort für die Zivilgesellschaft in NRW. Lew Kopelew und seine Frau Rais-

sa Orlova wurden 1981 aus der Sowjetunion zwangsausgebürgert. Er lebte bis zu seinem Tod 1997 im Exil in Köln. In einer Erklärung des Lew-Kopelew-Forums wird die gegenwärtige Entwicklung als eine zweite Ausbürgerung für ihn betrachtet.

Ulf Georgiew

Freiheit statt Angst

Am 10. März 2024 rief die seit 1996 bestehende Tibet Initiative Deutschland e.V. dazu auf „Flagge zeigen für Tibet“. Dabei werden Landkreise, Städte und Gemeinden gebeten, sich an der Initiative zu beteiligen, indem an Rathäusern und öffentlichen Gebäuden die tibetische Flagge gehisst wird.

Das Hissen der Flagge wäre ein starkes Zeichen der Solidarität, das sich sowohl nach Tibet richtet als auch an die deutsche Öffentlichkeit und Politik. In einer Zeit, in der China wirtschaftlich immer stärker wird, und es gleichzeitig immer schwieriger wird, Regierungen dazu zu bewegen, sich für Tibet einzusetzen, ist eine solche öffentliche Solidaritätsbekundung von größter Wichtigkeit, so die Tibet Initiative Deutschland e.V. Indem die tibetische Flagge gehisst wird bestärken die Akteure das legitime Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung, sie protestieren gleichzeitig gegen die Menschenrechtsverletzungen in Tibet und setzen sich für

den Erhalt der tibetischen Kultur, Religion und Identität ein.

Tibet wird seit 1949 durch China unterdrückt und ist seit dem Volksaufstand von 1959 durch China besetzt. Es herrschen dort seither Willkür, Folter, politische und kulturelle Unterdrückung. Der Druck auf die Tibeter ist gerade in den letzten Jahren immer größer geworden, und von einem Kurswechsel in der Tibet-Politik der chinesischen Regierung ist nichts zu sehen. Daher braucht auch die Region Tibet unsere ungebrochene Solidarität. Machen Sie im Jahr 2025 mit!

Seit über einem Jahrzehnt liegt u.a. der Stadt Neubrandenburg ein Antrag vor, Solidarität mit der tibetischen Bevölkerung zu zeigen. Diese hat sie bis heute nicht gezeigt. Jedoch zeigen Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. diese. Können die Opfer der kommunistischen Diktaturen eher Solidarität mit unterdrückten Menschen zei-

gen? Von Politikern sind salbungsvolle oft inhaltsleere Worte nur an Gedenktagen zu hören? Deren Worten folgen selten Taten. Denn es gibt nur ein paar hunderte Städte in Deutschland, die ein Zeichen für Gleichheit, Frieden und gegen Repressionen setzen, indem sie Solidarität mit Tibet zeigen. Solidaritätsbekundungen gelten aber eben nicht nur für die Ukraine sondern auch für Tibet. Das Hissen der tibetischen Flagge hat die daher die gleiche symbolische Bedeutung wie das Hissen z.B. der ukrainischen Flagge.

Wir setzen mit den tibetischen Symbolen ein Zeichen für Menschenrechte und sagen, dass unterdrückte Menschen/Minderheiten in diesen Ländern nicht alleine sind, sondern dass weltweit an sie gedacht wird. In Tibet selbst ist das Besitzen oder Zeigen der Flagge von den chinesischen Machthabern verboten worden.

André Rohloff

Studie zur Rolle der sozialen Unterstützung und Resilienz bei der Entstehung von posttraumatischer Reifung nach politischer Inhaftierung in der DDR

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, möchten Sie Ihre Geschichte teilen?

Dann laden wir Sie herzlich ein, an einer wissenschaftlichen Studie im Rahmen der Bachelorarbeit von Lilli Zutz teilzunehmen. Die Studie hat zum Ziel, ein tieferes Verständnis für die psychologischen Auswirkungen politischer Repressionen sowie der in diesem Zusammenhang bestehenden Resilienz zu erlangen, die es manchen Menschen ermöglicht, trotz belastender Umstände widerstandsfähig und gesund zu bleiben.

Worum geht es in der Studie?

Zweck der Studie ist zu untersuchen, wie sich bestimmte Persönlichkeits- und Umgebungsfaktoren, wie z.B. Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit einer Person sowie die wahrgenommene soziale Unterstützung, auf die sogenannte posttraumatische Reifung auswirken. Posttraumatische Reifung bezeichnet Veränderungen, die betroffene Personen von sehr stark belastenden oder traumatischen Erfahrungen durchleben können. Dies bezeichnet eine persönliche Entwicklung, die aus dem Umgang mit der sehr stark belastenden Erfahrung resultiert.

Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, eine differenzierte Sicht auf die Folgen einer politischen Inhaftierung zu entwickeln. Sie könnten Aufschluss über das Zusammenspiel von stark belastenden Erfahrungen, Resilienz und posttraumatischer Reifung geben.

Wie läuft die Teilnahme ab?

Die Teilnahme an der Studie umfasst eine Online-Befragung, die etwa 20-30 Minuten dauert. Sie werden darum gebeten, ein belastendes Ereignis ihrer Haft zu beschreiben und anschließend einige Fragen zu beantworten, die sich auf ihre Erfahrung in politischer Gefangenschaft beziehen. Bitte beachten Sie, dass die Befragung vollständig anonymisiert erfolgt, Ihre Antworten sind somit nicht Ihrer Person zuordbar.

Mögliche Risiken

Es kann vorkommen, dass die Auseinandersetzung mit belastenden Erlebnissen kurzfristig emotionale Reaktionen hervorrufen kann. Sie können selbstverständlich Ihre Teilnahme an der Befragung jederzeit beenden. Sollten Sie nach der Teilnahme eine akut auftretende Belastung feststellen, besteht die Möglichkeit, Kontakt mit

einer Studientherapeutin zur Unterstützung und Entlastung aufzunehmen.

Kann ich teilnehmen?

Sie können an der Studie teilzunehmen, wenn Sie:


- bei der Inhaftierung mindestens 18 Jahre alt waren,
- keine ärztlich oder psychologisch gestellte Diagnose in unmittelbarer Folge der Inhaftierung erhalten haben und
- keine psychotherapeutische Behandlung in Zusammenhang mit Ihrer Inhaftierung in Anspruch genommen haben.

Kontakt

Für mögliche Rückfragen können sie unter folgender E-Mail-Adresse Kontakt zum Studienteam aufnehmen: lilli-magdalena.zutz@student.health-and-medical-university.de



QR-Code (der QR-Code kann mit dem QR-Scanner auf dem Telefon direkt eingescannt werden. Sie landen

dann direkt auf der Internetseite der Studie). 

Nachruf auf Christine Günther

IN MEMORIAM

Christine Günther geb. Pankoke
* 09. Januar 1947,
† 09. Januar 2024 in Halle

Sie war mutig, wo Andere sich wegduckten.
Ein Nachruf in Zitaten, zusammengestellt von Heidi Bohley.

Dezember 2023

Eines der letzten Gedichte von Christine Günther

Carpe diem

Schwarzer Marmor – Schmeichelstein
Erinnerung an singendes Eis
Beim gemeinsamen jagenden Schlittschuhlauf
Stolpernd über Schilfsoden
Dann schwebender Tanz auf tiefschwarzem Eis
Reine Glückseligkeit, Freiheit, gefühlte Lebendigkeit
Ferner Tod in unendlicher Ewigkeit

Eine Sammlung von Zitaten wurde zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen von Heidi Bohley. Sie stammen aus dem Dokumentarfilm „Die Wespen“, Deutschland 1996, LA LONTRA Film&Video Produktion Julia Kurnert, das Gedicht „Carpe diem“ mit freundlicher Genehmigung von Undine Günther.

Nachrufe im Internet unter: <https://www.zeit-geschichten.de/start-2/themen/nach-den-diktaturen/nachrufe/>
Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e.V.
Große Ulrichstraße 51
06108 Halle (Saale)



Christiane Günther, Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e.V.

Nachruf auf Uwe Behr

Große Öffentlichkeit war nie seine Sache, obwohl er ein Widerständler war. Zwei mal saß er unter den Kommunisten im Gefängnis (1976/77 und 1983). Uwe Behr, geboren am 04. April 1956 in Berlin, verstarb mit 67 am 23. März 2024. Behrchen, wie ihn seine Freunde nannten, lebte von 1975 bis zu seiner Ausbürgerung 1983 in Jena und arbeitete in der Psychiatrie als Krankenpfleger. Er engagierte sich in illegalen Lesekreisen und unterschrieb 1976 mit 56 weiteren Personen in der Jungen Gemeinde

Jena-Stadtmitteldie die Protestresolution gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Als die Stasi am nächsten Morgen in der Jenaer Jahnstraße 10 aufkreuzte und Marian Kirstein abholte, versteckte er schnell die Unterschriftenliste in einem Staubsaugerbeutel. Dann fuhr er mit Gerd Lehmann zu Robert Havemann nach Grünheide und vergrub den Durchschlag der Unterschriftenliste im Wald.

Nach ihrer Rückkehr aus Grünheide wurden beide in Stasi-Untersuchungshaft gesteckt. Festgenommen worden waren zuvor bereits Thomas Auerbach (verstorben 2020), Kerstin Hinkeldey-Graf, Marian Kirstein, Bernd Markowsky, Walfred Meier (verstorben 2018) und in Erfurt Thomas Wagner und Gabriele Stötzer. Wenig später kam noch Wolfgang Hinkeldey hinzu.

Nach neun Monaten Stasi-Untersuchungshaft wurden sieben Jenaer vor die Wahl gestellt: entweder Entlassung aus der Staatsbürgerschaft oder mehrere Jahre Haft. Dass sie freikamen, verdankten sie auch dem „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ um Hannes Schwenger und Manfred Wilke. Romy Schneider war hier die großzügigste Geldgeberin.

Als einziger wurde Uwe Behr in die DDR entlassen, weil seine Eltern in der DDR-Handelsvertretung in Moskau arbeiteten. Es war auch eine Zersetzungsmaßnahme. Misstrauen sollte geschürt werden. Uwe engagierte sich weiterhin in Jena, hielt Kontakt zu den Ausgebürgerten und zum Schutzkomitee und er war eng mit Matthias Domaschk befreundet, der 1981 bei der Stasi in Gera ums Leben kam und dessen Festnahme durch Transportpolizisten er bei einem Sonderhalt des Zugs in Jüterbog, im Gang gegenüber sitzend, direkt miterlebte.

Als sich die Friedensgemeinschaft Jena zu formieren begann und Roland Jahn und Manfred Hildebrandt im Herbst 1982 inhaftiert wurden, fertigte Uwe Behr Solidaritätspostkarten an mit dem Text „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, darauf ein Porträtfoto des fotografierenden Manfred „Batti“ Hildebrandt. <https://www.jugendopposition.de/themen/145328/friedensgemeinschaft-jena?video=145100>

Uwe wurde deswegen erneut inhaftiert und kam erst nach mehreren Wochen mit den anderen etwa 20 Inhaftierten wieder raus, nachdem im SWR-Politmagazin „Report“ über die Fälle berichtet worden war. Wie schon 1976 hatte es Medienöffentlichkeit und Solidarität im Westen gegeben.

Es folgte eine Art Jenaer Frühling, bei dem die kommunistische Staatsmacht vor erneuten Inhaftierungen zurückschreckte, obwohl sich die nun „Friedensgemeinschaft Jena“ nennenden Oppositionellen an SED-offiziellen Aufmärschen mit eigenen kritischen Plakaten beteiligten. Behrchen hatte damals viel fotografisch dokumentiert, auch die gewalttätigen Übergriffe der Stasi. Die meisten stellten Ausreisearträge, da sie keine Zukunft in der Diktatur im Osten Deutschlands sahen.

Im Mai 1983 wurden im Rahmen der Stasi-Aktion „Gegenschlag“ etwa 100 Personen aus Jena, Weimar und Apolda in die Bundesrepublik abgeschoben. Überwiegend siedelten sie sich in Berlin-Kreuzberg an, so auch Uwe Behr. Hier wurde er Sozialpädagoge und lebte die letzten Jahrzehnte in Hessenwinkel. Letztes Jahr wurde Krebs diagnostiziert.



Uwe Behr – Fotorechte: Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin

Im Hospiz in Woltersdorf bei Berlin fühlte er sich sehr gut betreut. Er regelte gefasst alles, was zu regeln war und empfing viel Besuch vor allem von seinen Jenaer Freunden. Seine Freundlichkeit und sein trockener Humor werden ihnen nun fehlen.

Gerold Hildebrand
Porträtfoto Rhg_Fo_HAB_11274.
Robert-Havemann-Gesellschaft.

Nachruf auf auf einen Oppositionellen aus Jena:

Uwe Behr

(gestorben am 23. März 2024).

https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/546824/einem-selbstmord-auf-der-spur?fbclid=IwAR10fT2f07NpeX3DS0cVuq8ed_1nvmOXD80KNsNlIdaVuirFCrDbAA_aDqDk_aem_Af3xS1WPY_KRr3HHaiN8W7MXtg01E7mgW78nDKfnG0y5DW6MkvMpd-DaFOgkAD9s6Dkk

Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre Unterstützung!

Die Dauerausstellung zum sowjetischen Speziallager Nr. 2 (1945–1950) wird neu gestaltet. Gesucht werden Zeitzeugenberichte, Foto- und Filmmaterial, Gegenstände aus dem Lager, Erinnerungsstücke und Berichte.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an:

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
kustodie2@buchenwald.de
Fon: +49 (0)3643 430 130

Das Schattenregime

Als sowjetischer Geheimdienstmitarbeiter durfte sich niemand seines Lebens sicher sein. Oft landete man dort, wo man zuvor eigenhändig selber gefoltert und erschossen hatte: nämlich im selben Folterkeller, GuLag oder vor dem Erschießungskommando. Der paranoide und autokrate Diktator STALIN lies gern auch enge Gefährten verschwinden. Viele KGB/NKWD/MWD/GPU/TSCHEKA/SMAD-Chefs bededeten ihr Leben irgendwann genau so brutal wie zuvor ihre Opfer.

schreibt er knallhart die Verbrechen, benennt sowohl Ross als auch Reiter.

1945: Fast auf jeder Seite erläutert Neef ein bislang unbekanntes „Superlativ“ nach dem nächsten an „Wegsperr- und Vernichtungsmethoden“, das beim Lesen Schnappatmung auslöst. Stalins Statthalter in der SBZ/DDR, Iwan Serow, wollte mit seinem Terrorregime die deutsche Bevölkerung, die er verachtete, sowjetisieren und bestrafen. Unter Anwendung des berüchtigten Artikels 58, „konterrevolutionäre Aktivitäten“, kriegte man sie alle!!! Spione, Agenten, Diversanten, Kriegsverbrecher, „Werwölfe“, worunter z.B. 15-jährige Hitlerjungen und BDM-Mädchen fielen. Sogar tausende von Kindern und Jugendlichen wurden kurz nach Kriegsende wie panisch verhaftet.

Bekannt sind z.B. die „Malchower Jungs“, wozu korrekterweise auch Mädchen gehörten. Sogar Kinder von Kommunisten und SED-Mitgliedern wurden nicht verschont. Es galt halt zu Säubern, und es mussten Erfolge vermeldet werden. Dazu brauchte es Ortskundige, die sich sofort dienstbeflissen als Denunzianten andienten. Bereits Anfang 1946 verfügte man über ein Netz von über 2.300 sogenannten „Agenten“. Mitunter trafen Häftlinge ihren Denunzianten im Zuchthaus wieder. Dies erfuhr ich z.B. von Gisela Gneist. Sie wurde als 15-jährige verhaftet, zu 10 Jahren Haft verurteilt und landete schließlich im „Speziallager“ SACHSENHAUSEN. Sie

hat mir erzählt, wie Jugendliche im Lager elendig starben. Aus ihrer Gruppe wurden einige Jungs zum Tode verurteilt und auch tatsächlich erschossen, einer sogar zusammen mit seiner Mutter.

SBZ/DDR: Die Strippenzieher saßen in Moskau – die Befehlsempfänger in Ost-Berlin. Die von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Erich Honecker (in Reihenfolge seit 1949 Präsident, SED- und Staatsratsvorsitzende in der DDR) betonte Souveränität der DDR existierte nur in deren Ideologie. Ohne „Moskau“ lief gar nichts. Von dort musste man sich alle „Entscheidungen“ erst absegnen lassen.

Sowohl der sowjetische als auch der ostdeutsche Geheimdienst agierten als „Staat im Staate“, wobei der ostdeutsche meldepflichtig war gegenüber dem sowjetischen. Nach Ende der Sowjet-Zeit dauerte es noch einige Jahre, bis die „Freunde“ endgültig abgezogen, weil es im neuen Russland nicht mal mehr ein „Zu-Hause“ gab für die Mannschaften. Die Hinterlassenschaften nach fast 70 Jahren waren gigantisch. So bereits auch die Beute, die nach Kriegsende den Weg in die S.U. Verbracht wurde (Reparationen und Beutegut aller Art). Der letzte Satz im Buch lautet: **„Scheint es nur mir plötzlich, als könnte sich die Geschichte doch wiederholen?“ Bloß nicht! – meint**

Sybille Krägel,
I.G. NKWD-Lager Tost 1945



Selten habe ich ein so wahrhaftes Buch gelesen wie dieses. Ohne in Stereotypen der Geschichtskiste zu graben, benennt der Autor die Verbrechen des NKWD (der sowjetische Geheimdienst, der ständig seine Bezeichnung änderte) ohne wie üblich vorher zu betonen, dass der 2. Weltkrieg von Hitler-Deutschland aus angezettelt wurde. Nein, unbeeindruckt und losgelöst jeglicher sonstiger Kottaus be-

.....
Christian Neef: *Das Schattenregime. Wie der sowjetische Geheimdienst nach 1945 Deutschland terrorisierte*, Propyläen Verlag 2024, ISBN 978-3-549-10077-6/2024.
.....

Horch & Guck: Verdun 2.0.

Der Ukraine-Krieg geht ins Dritte Jahr und die Welt gerät in Unordnung. Die Sache zieht sich. Militärische Fortschritte sind schwer erkenn- und einschätzbar. Auch wirtschaftlich scheint sich Putin „besser“ zu halten, als viele vorhersagten. Droht eine Eiszeit wie im Kalten Krieg? Doch weitere internationale Konflikte, wer auch immer sie anstacheln mag, machen die Lage komplizierter, nicht nur der neue (Beinahe-) Nahostkrieg. Manche Staaten versuchen zwischen den Fronten Nutzen zu ziehen, andere drohen zerrieben zu werden. Verschieben sich international die Gewichte? Wer soll die Folgekosten bezahlen? Hält „der Westen“ das durch? Gibt es Zerreißproben in der EU, in Deutschland?

Die Zahl und Verweildauer der Ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland wird absehbar hoch bleiben. Politische Debatten malen ihre Lage oft schwarz-weiß, ihre Lage ist differenzierter. Die Lage in Nähe der ukrainischen Front und in besetzten Gebieten ist bedrückend. Die Informationsgewinnung oft schwierig. Manche Nachrichten aus dem Inneren der Ukraine, Spannungen beim politisch-militärischen Personal, Korruption, militärische Defizite beunruhigen. Weitere Informationen unter: http://h-und-g.info/ukraine-krieg/ukraine-krieg-schwerpunkt-4/23?utm_source=afuarbeitungsforums-hug.beehive.com&utm_medium=newsletter&utm_campaign=neuer-h-und-g-schwerpunkt-verdun-2-0

Kiffen in der DDR?

CfA-Artikel und Erfahrungsberichte gesucht. Die DDR gilt auf Grund ihrer Abschottung als mehr oder minder Drogenfreies Land. Auf den ersten Blick. Doch durchaus verbreitet war die Sucht, sich mit Hilfe von Medikamenten und Alkohol zu betäuben. Und vor allem im Raum Berlin sickerten Drogen aus Westberlin ein, die erlaubten, Freiheit zumindest zu halluzinieren. Oder sie passierten die DDR im Transit. Wir suchen Berichte und Erfahrungsberichte (keine Sorge, ist verjährt!) zum Thema. Für H-und-G.info (Heute und Gestern): Einsendung unter H-und-G.info2@web.de

Für die Herausgeber Christian Booß

Spendenaufwurf für Zentralkinderkrankenhaus in Odessa

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

ich möchte Sie heute erneut um eine Spende bitten, sofern es Ihnen möglich sein sollte. Das Menschenrechtszentrum Cottbus und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte unterstützen seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine das Zentralkinderkrankenhaus in Odessa mit Hilfsgütern. Dieter Dombrowski: „Das Krankenhaus wird von uns (MRZ Cottbus und IGFM) seit 2 Jahren unterstützt. Die Ärzte bestellen bei uns lebens- und überlebenswichtige Medikamente und Instrumente (z. B. zuletzt Venenkatheter für Kinder und Nahtmaterial) aber auch Kleidung sowie für das Krankenhaus in Odessa notwendige Alltagsgegenstände. Wir versuchen diese hier in Deutschland zu besorgen und liefern! Aktuell geht es um Lieferungen im Wert von 36.000 Euro. Durch gute Verhandlungen in Deutschland konnte der Gesamtwarenwert bereits erheblich reduziert werden.“

Liebe Leser des Stacheldrahtes, bitte helfen Sie mit, das Krankenhaus in Odessa weiter unterstützen zu können! Jede kleine Spende hilft! Ich bedanke mich im voraus sehr herzlich bei allen Spendern. Spender können nachfolgend im Stacheldraht veröffentlicht werden.

Mit freundschaftlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski



Swetlana, leitende Krankenschwester; „Hilfsmittel sind im Kinderkrankenhaus Odessa angekommen“. Quelle: Swetlana/ Kinderkrankenhaus Odessa.

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Weitere Informationen

- <https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse/beitrag.php?permalink=dank-aus-der-ukraine-hilfsmittel-durch-gemeinschaftsaktion-im-kinderkrankenhaus-odessa-angekommen>
- https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse-download/kinderkrankenhaus_odessa.jpg

Ansprechpartner

IGFM:
Sylvia Wähling,
<https://www.igfm.de/>

MRZ Cottbus:
Dieter Dombrowski,
<https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/>

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin.
Mail: mittrup@uokg.de.

Bitte Namen und eigene Adresse vollständig angeben!

SEPA-Überweisung/Zahlschein		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)			
U O K G e. V.			
IBAN			
DE79 1007 0024 0734 2728 00			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)			
DEUTDE33			
Betrag: Euro, Cent			
Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers			
S p e n d e O D E S S A			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN			
08			
Datum	Unterschrift(en)		

Art.-Nr.: 113.360
423.100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!



Hinweise und Korrekturen

„Der Stacheldraht“ Nr. 02/2024 zu Gelb & Blau gegen Vergessen, S. 6: In dem Beitrag wird die Opferzahl mit 17.000 Toten angegeben. „Den völkerrechtswidrigen Bombardierungen ukrainischer Städte fielen über 17.000 Zivilisten zum Opfer.“ Andere Quellen kommunizieren 10.700 (Google) oder 10.100 (Statista) Opfer. Welche Zahl der Wirklichkeit entspricht, ist der Redaktion nicht möglich eindeutig zu prüfen. Hoch ist sie dennoch und sollte unseren Respekt für die Ukraine nicht mindern. Danke an Herrn Hans J. Brill für diesen Hinweis.

„Der Stacheldraht“ Nr. 02/2024 zu Wilhem Pieck, S. 9: Die Fehlinformationen zum Lebenslauf von Wilhelm Pieck und die entsprechende Glorifizierung durch KPD und SED wirken bis heute weiter. Die Aussage, er wäre zum ersten Präsidenten der DDR gewählt worden, ist nur vordergründig richtig. Denn durch Druck der sowjetischen Besatzungsmacht gab es nach 1946 (als die SED eine historische Niederlage erlebte) keine Wahlen mehr, die diesen Namen verdient hätten. Mit Manipulationen wurde aus der Volkskongressbewegung eine „Provisorische Volkskammer“ geformt, in der die Sitzverteilung quasi für alle kommenden „Einheitswahlen“ festgelegt wurde. Diktator Stalin bestimmte Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR. In dieser Funktion war er auch die letzte Instanz, an die sich zum Tode verurteilte Menschen wenden konnte. In seiner Amtszeit wurden ca. einhundert Todesurteile vollstreckt, darunter viele aus politischen Gründen. Zuerst nutzte die SED-Justiz noch die Fallschwertmaschine der Nazi-Diktatur in Dresden zur Hinrichtung, später kam es zum Nahschuss ins Hinterhaupt in Leipzig. Obwohl dies alles seit Jahren bekannt ist, wurde auf der 2023 angebrachten Tafel diese Praxis nicht erwähnt und damit werden die aus politischen Gründen in der DDR ermordeten Menschen erneut DISKRIMINIERT. Alexander W. Bauersfeld

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss siehe Impressum letzte Seite

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Stasi-Knast

Die musikalische Buch-Vorstellung von Dietrich Kessler (77), dem langjährigen Chef (Saxophon und Querflöte) der bekannten Ostrock-Band „Klosterbrüder“, sowie seines Musikerkollegen Eberhard Klunker (Gitarre und Gesang), war eine ganz besondere Veranstaltung während der Leipziger Buchmesse. Der Kinosaal in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ war am 23. März 2024 nahezu komplett mit interessierten Zuschauern gefüllt. Der Bürgerrechtler Hartmut Ruffert moderierte das Gespräch kurzweilig und zeigte auch gesangliche Qualitäten.

Die einstige Kult-Combo „Klosterbrüder“, die zahlreiche Fans in der DDR, aber auch in Polen, Ungarn und darüber hinaus hatte, musste sich 1975 in „Gruppe Magdeburg“ umbenennen. Den SED-Kulturbonzen im atheistisch geprägten DDR-Regime missfiel der ursprüngliche Name der Band. Weil die bornierten Funktionäre und auch die Propagandisten vom DDR-Fernsehen die Musiker ständig nervten, Texte zensierten und selbst deren „viel zu langen Haarmähnen bemängelten“, stellte die gesamte Band 1981 einen Ausreiseantrag. Dies war in der DDR-Musikszene ein einzigartiger Vorgang und hatte verheerende Folgen. Die Willkür des Regimes schlug zu. Es folgte ein Berufsverbot und ein zermürbender Aufenthalt in den Stasi-Gefängnissen in Magdeburg, Cottbus und auf dem Kaßberg in Karl-Marx-Stadt. Das Haft-Marty-



Buchvorstellung „Stasi-Knast“ von Dietrich Kessler in der Gedenkstätte „Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig am 23. März 2024 zur Buchmesse. Moderiert von Hartmut Ruffert. Foto: Thomas Purschke

rium dauerte für Dietrich Kessler 16 Monate. Der Sänger der Klosterbrüder-Band Achim Kneis (2020 verstorben) erlitt das gleiche Schicksal. Zeitweise mussten sie als politische Häftlinge mit kriminellen Berufsverbrechern in einer Zelle auf wenigen Quadratmetern verbringen. Die schlimmen Geschehnisse von einst hat Dietrich Kessler in seinem spannenden Buch „Stasi-Knast“ aufgeschrieben. Sein Fazit: „Die Ungewissheit und Schutzlosigkeit waren in dieser Zeit das Schlimmste.“ War der Haftalltag mit einem Dreischichtsystem im Knast in Cottbus, wo Kessler unter widrigen Bedingungen Gussgehäuse für Fotoapparate des VEB Pentacon Dresden bearbeiten musste, schon zermürbend, sorgten einige unberechenbare, brutale Wärter, die mit Gummiknüppeln auf Häftlinge eindroschen, für zusätzliche psychische und physische Folter. Einem Häftling wurden bei einer Prügelattacke eines Wärters die Nieren so verletzt, dass er kurz nach seinem Freikauf, in der Bundesrepublik verstarb. Wenigstens wurde dieser Gefängniswärter namens Hubert Schulze, der von den Häftlingen „Roter Terror“ genannt wurde, Ende der 1990er Jahre wegen mehrfacher Körperverletzung zu zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Wie Kessler in seinem Buch schreibt, wurde Schulze nachgewiesen, dass er 26 politische Gefangene schwer misshandelt hatte.

Die Leser erwartet eine sachliche und ungeschminkte Schilderung von großem Unrecht sowie dunkelster deutscher Zeitgeschichte. Warnhinweis: DDR-Nostalgieker könnten eventuell Atemnot und Herzrasen bei der spannenden Lektüre bekommen.

Der Musiker-Kollege Eberhard Klunker hatte mehr Glück. Ihm gelang mit einem Kumpel bereits 1975 die Flucht aus der DDR in die Freiheit über die Ostsee in einem Schlauchboot. Die spannenden Schilderungen der beiden Zeitzeugen wurden durch die live vorgetragenen Musikstücke aus eigener Komposition wie „Locomotive XL“ und „Tief ist das Meer“ wunderbar ergänzt. Die Lesereise wird fortgesetzt und ist sehr empfehlenswert.

Thomas Purschke



Dietrich Kessler: *Stasi-Knast*, Engelsdorfer Verlag Leipzig 2024, 294 Seiten, ISBN 978-3969407172

Kessler und Achim Kneis wurden im September 1984 von der Bundesrepublik freigekauft und konnten den Unrechtsstaat DDR mit ihren Familien verlassen.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10–15 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
Persönliche Termine nach Absprache
E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52,
E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben: Gert Bartmuß, Rolf und Charlotte Granert, Alexander Grow, Wilfried und Helga Hartel, Konstanze Helber, Erik Hofmann, Peter Leng, Reinhard und Gabriele Pappai, Rocco Schettler, Cornelia Schneider, Michael Striss, Helge Viereck, Rüdiger Bernhardt, Hagen Hartwig, Martina Kauer, Reinhard Linde, Hermann und Irmingard Schicketanz

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Zitat

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Im „Spiegel“ ein Bericht über Willy Brandts Visionen im Bundestagswahlkampf 1980. Anlass: Auf Nachfrage im Zeit-Magazin 2010 zum Hintergrund des Visionen-Zitats: „Da wurde ich gefragt: Wo ist Ihre große Vision? Und ich habe gesagt: Wer eine Vision hat, der soll zum Arzt gehen. Es war eine pampige Antwort auf eine dusselige Frage.“ Helmut Schmidt, Quelle: Zeit-Magazin vom 04.03.2010.

Quellen

<https://www.ndr.de/geschichte/kopfe/Helmut-Schmidt-Die-besten-Zitate,schmidtzitate102.html> bzw. <https://www.bz-berlin.de/berlin/helmut-schmidts-beste-zitate> oder <https://www.sueddeutsche.de/politik/zitate-von-helmut-schmidt-wer-eine-vision-hat-der-soll-zum-arzt-gehen-1.2729860>

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 3/24: 12. April 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 4/24: 24. Mai 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

